

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 303.

Freitag, den 29. Dezember 1911.

18. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

## „Volkswirtschaftliche Wahrheiten.“

Agrarische Fragen und sozialdemokratische Antworten.

Knallfarbig gedruckt, schwirren zu Hunderttausenden die unentgeltlich verteilten Postkarten des Bundes der Landwirte im Deutschen Reich umher. „Volkswirtschaftliche Wahrheiten“ nennen sie sich, es sind ihrer zehn, und versuchen, recht schön illustriert und aufgemacht, für Reichstagsleute Propaganda zu machen, die im läckenlosen Hochschuhzoll die herrlichste Vaterlandsfreude sehen.

Geben wir einmal auf die „Volkswirtschaftlichen Wahrheiten“ die wirklich richtigen Antworten, so erscheint ein wesentlich anderes Bild, als es auf den Dreifarben-Druckpostkarten der Feudalagrarien zu sehen ist.

Nummer 1:

Der Bund der Landwirte behauptet — durch falsche Bilder unterstützt —, daß die Produktion der Landwirtschaft in Deutschland wertvoller ist als die der Industrie. Das ist nicht richtig! Für die Arbeiter gibt es hier nur eine Wahrheit, und die stellt fest, daß 1907 in der Landwirtschaft nur 28,6 Prozent aller deutschen Erwerbstätigen beschäftigt waren, während in der Industrie 42,8 und im Handel 13,4 Prozent aller Erwerbstätigen ihre Ernährung fanden! Die Vertreter der Landwirtschaft sind aber trotzdem im deutschen Parlament noch immer Trumpf gewesen, in Wirklichkeit dürften sie nur ein Drittel aller Plätze besetzen!

Nummer 2:

Diese Postkarte fordert dazu auf, nur solche Volksvertreter zu wählen, die für einen ungeschwächten und läckenlosen Zolltarif eintreten, weil damit einmal die Landwirtschaft wächst und zum andern die Ernährung des ebenfalls wachsenden deutschen Volkes vom Ausland unabhängig wird. Dies sind volkswirtschaftliche „Unwahrheiten“! Hohe Schutzzölle führen zur Unterernährung des Volkes, weil sie preistreibend wirken. Deutschland braucht vom Ausland Getreide, nicht etwa weil es nicht genug hätte, sondern weil die Agrarier die besten Getreidesorten, durch Einfuhrschemie begünstigt und unterstützt, nach dem Ausland verkaufen, und für die weniger guten Sorten im Inland so die Preise treiben. Abtragen der Schutzzollmauer würde uns billigeres Getreide bringen und so das deutsche Volk besser zu ernähren sein als jetzt!

Nummer 3:

Die Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft ist niedriger als die der Industrie, der Bund der Landwirte behauptet auf seiner Postkarte das Gegenteil, und fordert auf Grund dieser Unwahrheit Gleichstellung der Landwirtschaft mit der Industrie, trotzdem die erstere schon längst alle Gesetze in ihrem Sinne macht. Der Bund der Landwirte will also durch Vorpiegelung falscher Tatsachen die Wähler zu seinen Gunsten betrügen!

Nummer 4:

Der Bund der Landwirte behauptet, das Land forge besser für den Schutz der Nation als die Stadt, weil angeblich 1909 in ganz Deutschland unter 100 militärpflichtigen Leuten 57,9, in Ostpreußen aber 65,7 Prozent tauglich befunden wurden. Die Stadt Berlin habe nur eine Prozentziffer von 28,7 erreicht. Erstens sind die angegebenen Ziffern falsch! 1909 wurden im Deutschen Reich tauglich befunden unter allen zur Stellung Berufenen nicht 57,9, sondern nur 53,6 Prozent, in Ostpreußen nicht 65,7, sondern nur 61,4 Prozent! Die Aushebungsziffern gehen aber auch händig zurück! 1906 betrug sie 55,9 Prozent für ganz Deutschland, 1909 waren es nur noch 53,6 Prozent. Die Ursache ist die immer schlechtere Ernährung des Volkes!

Für die Zukunft der Nation sorgt der am besten, der für ihre Neugeborenen etwas übrig hat. In Ost- und Westpreußen stieg die Zahl der gestorbenen Säuglinge bis auf 19,1 und 20,4 vom Hundert im Jahre 1909. In Berlin ist sie ständig gefallen, und betrug in demselben Jahre 15,6 vom Hundert!

Nummer 5:

Die agrarische Postkarte behauptet, die Belastung der Volksernährungsmittel sei nur wenig bemerkbar. Sie bringt dabei aber nicht die ganze Belastung der Produkte auf der Postkarte zur Erscheinung, sondern nur die von 1909! Die Lüge des Bundes der Landwirte, und die wirkliche Wahrheit verhält sich wie folgt zueinander:

Bier, drei Bechertel Liter, ist nicht nur mit 0,43 Pfg. belastet, sondern mit 1,35 Pfg.

Schnaps, 0,02 Liter, ist nicht nur mit 0,03 Pfg. belastet, sondern mit 0,94 Pfg.

Zigarre, 5 Pfg., ist nicht nur mit 0,25 Pfg. belastet, sondern mit 1,00 Pfg.

Blindhölzer sind pro Schachtel mit 1½ Pfg. belastet, hier hat man nicht gelogen, weil es unmöglich war.

Nummer 6:

Die Steigerung der Preise beträgt nach der bunten Postkarte für Roggen- und Weizenbrot von 1891 bis 1910 im Durchschnitt 18,8 und 29,5 Proz. Davon haben die Agrarier — nach der Postkarte — 14,6 und 25,5 Proz. bekommen, in den kleinen Rest teilten sich Händler und Bäcker. Beim Fleisch beträgt die Steigerung: Rindfleisch 27,8 Proz. und Schweinefleisch 25 Prozent. Davon haben die Agrarier — wieder nach der Postkarte — erhalten 21,7 und 21,3 Proz., in den Rest teilten sich Händler, Schlächter und Verkäufer!

Nummer 7:

Die Zwischenhandelsgewinne sollen nach der entsprechenden Postkartenbehauptung beim Fleisch 25 bis 35 Prozent ausmachen, beim Getreide und bei der Milch noch viel mehr. Dabei wird der ganze Arbeitsverdienst des Müllers, des Transporteurs und Bäckers, ebenso die Arbeit des Milchvertriebs und Handels als Zwischengewinn gerechnet. Diese volkswirtschaftliche Wahrheit ist demnach eine Lüge!

Nummer 8:

Die Steigerung der Bergarbeiterlöhne und der Berliner Maurerlöhne soll seit 1881 85 und 74 Prozent betragen, während Fleisch „nur“ 21 bis 33 Prozent und Getreide 12 Prozent im Preise gestiegen sei. Der Bund der Landwirte schlägt sich dabei mit seinen eignen Wahrheiten, behauptet er doch auf Nummer 6 seiner Postkarten viel höhere Steigerungen! Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Unfälle der Bergarbeiter 65 auf 1000 im Jahre 1886, und 135 auf 1000 im Jahre 1910 betragen! Was hat demgegenüber eine Lohnsteigerung zu sagen, wenn die Arbeit um so viel intensiver und gefährlicher geworden ist? Die Maurer mußten 1910 monatelang sich eine Absperrung gefallen lassen, die sie bald 9 Millionen Mark kostete, nur weil die Unternehmer keine Lohnerhöhung bewilligen wollten! 200000 deutsche Maurer mußten mit ihren Familien um 5 Pfg. Lohnerhöhung kämpfen! So sehen die „gewaltigen“ Verbesserungen aus, sie sind in Wirklichkeit mit Blut und Not erkämpft gegen die Agrarier und ihre Industriefreunde!

Nummer 9:

Die Postkarte des Bundes der Landwirte behauptet, die Notwendigkeit der Einfuhr ausländischen Fleisches sei gar nicht vorhanden, da die deutsche Land- und Viehwirtschaft für den nötigen Bedarf Sorge. Dies ist nicht wahr, der deutsche Arbeiter würde sich viel, viel besser ernähren, wenn er billiges Fleisch bekäme, und dies kann ihm nur das Ausland geben, solange die deutschen Agrarier durch den Veterinärschutz Alleinherrn über den Fleischmarkt sind.

Nummer 10:

Mit der Brotkornzerzeugung ist es ebenso wie mit dem Fleische, das billige Auslandgetreide wird durch hohen Zoll, 55 und 50 Mark pro Tonne, zurückgehalten. Der Brotkornverbrauch Deutschlands bringt den Agrariern alljährlich Hunderte an Millionen Ertragsgewinn ein, wobei noch nicht mitgerechnet ist, daß die Einfuhrschemie außerdem noch bare Geldgeschenke für die Getreideproduzenten sind, welche das beste deutsche Getreide nach dem Ausland schaffen!

Den zehn volkswirtschaftlichen Unwahrheiten des Bundes der Landwirte gebührt eine Wahrheit: und das ist die, daß sich das deutsche Volk nicht mehr länger ausbeuten und knechten lassen will, am 12. Januar wird es seine Antwort geben, und die lautet: Nieder mit allen Schutzzollwuchern!

## Die Reichstagswahl.

Staats- oder Robeltbeamte?

In Magdeburg haben sich bekanntlich alle bürgerlichen Wähler für die Kandidatur des Fleischermeisters Robelt vereinigt. Zentrum und Fortschrittliche, Antisemit und Nationalliberale, Konservative und Hirsch-Dunckerische Gewerkvereine stehen geschlossen gegen die Sozialdemokratie. In diesen Tagen ist nun von dem bürgerlichen Wahlaustritt an die Beamten die Aufforderung ergangen, sich zur Wahltagung für Herrn Robelt bereit zu halten

und insbesondere am Wahltag als Listenzüher und Schlepper Dienst zu tun. In dem Anschreiben wird darauf hingewiesen, daß, wenn der betreffende Beamte an diesem Tage nicht dienstfrei wäre, er es dem bürgerlichen Wahlkomitee mitzuteilen habe und in diesem Falle würde das bürgerliche Wahlkomitee bei der vorgelegten Behörde um Dispensation vom Dienst vorstellig werden. Vorgelegte äußerten sich dahin, daß kein Unterbeamter die Wahlhilfe der bürgerlichen Partei verweigern darf.

Schon im Jahre 1907 ist, wie jetzt bekannt wird, in Magdeburg mit den Reichs- und Staatsbeamten derselbe Unfug getrieben worden.

Man wird ja sehen, wie die Staatsregierung über die Aufgaben der Beamten denkt.

Genau so arbeitet bekanntlich die Firma Klein!

Posadowsky oder Severing?

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt der bisherige fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Heinz Potthoff über die Frage „Posadowsky oder Severing?“ Er führt aus, daß die Aufstellung einer fortschrittlichen Kandidatur in Bielefeld nur dann einen Zweck haben könne, wenn in der Stichwahl von der Fortschrittspartei die Parole „Gegen rechts!“ ausgegeben werden soll. Dann legt Dr. Potthoff dar, daß das Argument, Posadowsky gehöre als „großer Mann“ in den Reichstag, deshalb wirkungslos sei, weil zunächst das deutsche Verfassungsleben demokratisiert und die Macht des Reichsparlamentes vergrößert werden müsse, ehe die großen Männer im Parlament irgend eine Rolle spielen könnten. In der Sozialpolitik wolle Posadowsky eigentlich nicht mehr als die Christlich-Sozialen Stöckercher Richtung, und für all das, was für Posadowsky in der Sozialpolitik eintritt, gebe es schon jetzt Parteien oder sogar Mehrheiten im Reichstage. Die Hemmung der sozialpolitischen Gesetzgebung kommt aber vom Bundesrat. Und da Posadowsky als christlicher Monarchist und konservativ gerichteter Mann sicherlich nicht geneigt sein würde, gegen den Bundesrat parlamentarische Machtmittel (Ablehnung des Gehalts des Reichskanzlers, Staatsverweigerung) anzuwenden, so sei für die Machtvergrößerung des Reichstages jeder Sozialdemokrat wichtiger und besser, als Graf Posadowsky.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Veteranenunterricht für Jugendliche?

Die „Köln. Ztg.“ macht den Vorschlag: die Jugend auch dadurch im sog. patriotischen Sinne zu erziehen, daß wenigstens an den Gedenktagen der Schlachten des Krieges von 1870/71 in den höheren Schulklassen von Kriegsteilnehmern ihre Erlebnisse vorgetragen werden, damit die jungen Leute lernen, was für eine Summe sittlicher Wertung und körperlicher Kräfte der Krieg verlangt, aber auch hervorbringt. Ob die Anreger dieses Vorgehens auch damit einverstanden sein würden, wenn die Kriegsveteranen erzählen würden, was für entsetzliche Greuel sie auf den Schlachtfeldern und in den Dörfern Elsaß-Lothringens und Frankreichs mitangesehen haben, wie das erst vor wenigen Jahren durch die Veröffentlichung der Kriegsbriefe des Generals von Kretschmann so erschütternd dargestellt wurde? Oder ob man auch wünscht, daß die Männer, die ihr Leben für die Errichtung des Deutschen Reiches in die Schanze schlagen mußten, nun auch erzählen, wie des Reiches Herrlichkeit für die alten Veteranen sorgt? Eine ganz nette Illustration dazu bildet ein aus Anlaß des 200. Geburtstags Friedrichs des Großen in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichtes Gedicht mit dem Titel: „Jeder ein König!“ Da heißt es in der Schilderung der Aufzählung der Leiche Friedrichs des Großen:

„Der hagere Helmschleier ist eingehüllt,  
Vom Mantel, den er trug, in manchen Schlachten;  
So liegt er da! So sah ihn manche Nacht  
Im Feld am Feuer seine Offiziere,  
Vom kalten Sternengewölbe überdacht;  
Ganz gleich dem letzten seiner Grenadiere —“

Da würde vielleicht auch mancher alte Soldat Vergleiche anstellen zwischen der Zeit Friedrichs des Großen und späteren Tagen! Man sieht, der Unterricht der Jugend durch alte Krieger könnte unter Umständen recht belehrend werden.

Dementierte Unständigkeit.

Wie bekannt, hat der Landgerichtsrat Wilson in einer Versammlung im Reichstagswahlkreis Erfurt erklärt, daß er als konservativer Mann Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie ablehne und ihre Überwindung nur durch Entgegenkommen gegen diese aus unserer



Zeit hervorgegangene Erscheinung für möglich halte. Nun läßt die konservative Parteiorganisation des dortigen Wahlkreises erklären, daß Wilson keineswegs konservativ sei und daher auch nicht „Namens der Konservativen“ jene Erklärung habe abgeben können. Die Konservativen beeilen sich, auch nur den leibhaftig Schein zu zerstreuen, als wäre ihnen eine gerechte Würdigung der Arbeiterbewegung möglich. Alles für die Sinker!

### Eine vernünftige Geschäftsordnung

scheint sich die erste elsass-lothringische Kammer geben zu wollen. Sie beschloß nach gründlicher Debatte, daß bei Beipredung des Gegenstandes einer Interpellation der Antrag gestellt werden kann, daß die Kammer über das Verhalten der Regierung sich ausspreche. — Bekanntlich hat der Reichstag selbst dieses Recht noch nicht, und obgleich bei den Novemberdebatten von 1908 allgemein eine solche Erweiterung der Geschäftsordnung gefordert wurde, haben die bürgerlichen Parteien in der Kommission die Sache im Sande verlaufen lassen.

### Der Gipfel der Fleischteuerung.

Die „Voss. Ztg.“ stellt fest auf Grund einer Übersicht über die Jahre 1816—1911, daß die Fleischpreise, von Schweinefleisch abgesehen, eine Höhe erreicht haben wie nie zuvor. Und das, obgleich die Futtermittel angeblich zu starken Vorkäufen nötigte. Wohin soll das, bei Fortdauer der Wucherpolitik und der Grenzsperrre, noch führen! Am 12. Januar wird auch darüber mitbestimmt.

### Der Flottenverein

zeigt, daß er noch da ist. Er hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er „in erster Besorgnis um die bedrohte Sicherheit unseres Volkes infolge der gegenwärtigen Mächtegruppierung an den Staatssekretär des Reichsmarineamts die dringende Bitte richtet, den Ausbau der Wehrmacht des Reiches zu Wasser zu beschleunigen und auch für das Etatsjahr 1912 den gesetzgebenden Faktoren eine Vorlage auf Verstärkung unserer Flotte zugehen zu lassen.“ — Das bekannte Lied!

### Die neuen preussischen Steuergesetze

sollen vom preussischen Staatsministerium genehmigt worden sein und werden dem Abgeordnetenhaus mit dem Etat vorgelegt.

Nach einer Meldung der „Börseztg.“ wird durch diese Gesetzentwürfe die provisorische Steuergesetzgebung von 1909, die anlässlich der neuen Beamtenbesoldungsgesetze für die Staatseinkommensteuer Zusätze vorschlug, zu einer definitiven gemacht, indem die Steuerzuschüsse in die neuen Staffelsätze der Vorlage eingearbeitet sind und fortan auch für die Kommunalsteuern zur Erhebung gelangen. — Weiter heißt es in der Meldung: „Die neuen Sätze der Vorlage sind so gestaltet, daß die Härten, die die Novelle von 1909 oft ergab, vermieden werden. Im allgemeinen werden die neuen Gesetze eine Erhöhung der Steuer nicht bringen, sondern mehr ausgleichend wirken. Dagegen enthalten sie neue Bestimmungen über den Deklarationszwang bei der Einkommensteuer und dehnen diesen Zwang auch auf die Ergänzungssteuer aus. Die Strafbestimmungen für Steuerhinterziehungen werden verschärft werden, eventuell kann bei diesen im Unvermögensfalle Haftstrafe eintreten. Man nimmt an, daß der Landtag sich damit einverstanden erklären wird, daß die alte Steuerordnung bis zum 1. April 1913 in Kraft bleibt und die neuen Steuergesetze erst mit diesem Termin in Kraft treten. Der Etat für 1912 rechnet mit der Neuordnung der Steuergesetzgebung noch nicht.“

### Die sächsischen Eisenbahner

werden in einer Bekanntmachung der Generaldirektion vor dem Anschluß an die Sozialdemokratie mit der Drohung der Entlassung gewarnt. „Die Verwaltung würde es selbst am meisten bedauern, wenn sie in die Lage kommen sollte, gegen einzelne Bedienstete in dieser Weise einschreiten zu müssen.“ Dieses Bedauern kann ihr eripart werden, so sehr die Eisenbahner auch bedauern müssen, daß sie zu Staatsbürgern milderer Rechts gemacht werden.

### Spanien.

Der Marokko-Zwischenfall. Der „Imparcial“ veröffentlicht über die letzten Kämpfe bei Melilla eine Unterredung mit dem Kriegsminister, der u. a. sagte: So wohl die Taktik des Feindes wie der von ihm für den Angriff gewählte Augenblick müßten erlautern machen. Die meisten Angreifer sind Regter, die von weither gekommen sind; sie kämpften auch nicht wie die Risikanten, die sich nicht in aufgelösten Schwärmen und in ganz unregelmäßiger Weise schlugen. Der Feind zeigt sich in großen Massen und ist ausgezeichnet bewaffnet, und was in diesem von allem eroberten Lande besonders verwunderlich ist, reichlich mit Lebensmitteln versehen. Diese Erklärung des Kriegsministers hat großes Ansehen hervorgerufen, da sie anzudeuten scheint, daß die Maren von europäischen Elementen zum Kampf angeheißelt und geleitet werden. Dessen wird ferner bemerkt, daß die Marokkaner, die verschiedentlich bis unmittelbar an die Stellungen der Spanier gelangten, gegen diese Dynamitpatronen schändeten. Die Regierung scheint sich mit einer umfangreichen Truppenmobilisation zu beschäftigen, obgleich dies bisher von amtlicher Seite geleugnet wird.

### Persien.

Zur Lage. Nach Meldungen aus Teheran hat die persische Regierung in einer Kundgebung an die russische Regierung die Hoffnung ausgesprochen, daß nunmehr wieder zwischen Rußland und Persien die alten freundschaftlichen Beziehungen eintreten werden, nachdem Persien alle Forderungen des russischen Ultimatus angenommen habe. — Es verlautet in Petersburg, die Niederwerfung der Fidsais in Tabris werde kaum vor drei Tagen erfolgen können, da erst die im Anmarsch befindlichen weiteren Truppenverbände abgewartet

würden. Die Truppeneinheiten in Rescht, Erzill, Tabris und Ehol sollen Befehl erhalten haben, Streikkorps in das ihrem Kommando unterstehende Gebiet zu entsenden zur rückichtslosen Niederwerfung der Aufständischen und Wiederherstellung geordneter Zustände.

Die persische Regierung ist begreiflicherweise in größter Besorgnis über die Meldung von dem Überfall auf den britischen Konsul Smart, der mit 50 indischen Sowars von Buschir nach Schiras marschierte; nur wenige Reiter entkamen nach Schiras; der Konsul selbst wurde getötet. Die schwierige Lage der Regierung wird noch verschlechtert, denn nunmehr ist wohl die Besetzung größerer Landesteile durch die Engländer zu erwarten. Die Europäer fürchten den Ausbruch des Fremdenhasses im ganzen Lande.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Teheran war der Überfall auf den englischen Konsul Smart und dessen Begleitmannschaft bei Kaserun wohl vorbereitet; er wurde von 700 Mann ausgeführt. Von allen verfügbaren Schiffen sind Mannschaften nach Buschir beordert worden. Südpersien scheint im Aufstand zu sein. Man hält eine britische Strafexpedition für wahrscheinlich.

In London eingetroffene Meldungen aus Teheran berichten, daß Russen in Tabris 600 Männer, Frauen und Kinder hingebracht haben. Die Russen drängen in die Häuser der Perser ein und vergewaltigen die Frauen vor den Augen ihrer Angehörigen. Die Soldaten schießen jeden nieder, der sich auf der Straße zeigt.

## An die werttätige Bevölkerung!

Nur wenige Tage trennen uns noch vom Beginn eines neuen Jahres, in dessen ersten Monat die Wahlschlacht geschlagen werden wird. Die bürgerlichen Parteien, die das werktätige Volk im Jahre der Hottentottenwahlen

schwächlich belogen und betrogen,

fürchten mit schlotternden Knien die Abrechnung und sinnen auf Mittel und Wege, selbst die

Entfesselung der Kriegsfurie

scheuten sie nicht, um sich der mehr als wohlverdienten Abstrafung zu entziehen.

Statt der versprochenen Periode des Glückes und des Wohlergehens bescherte man dem Minderbemittelten Steuern und immer wieder Steuern auf alles das, was er zum Leben tagtäglich braucht.

Schonung der Reichen und Starken!

Belastung der Armen und Schwachen!

Unter dieser Devise wirtschafteten die bürgerlichen Parteien die letzten fünf Jahre. Der ungeheure Steuerdruck und die anhaltende Murre des vergangenen Sommers riefen eine erorbitante

Verteuerung der Lebensmittel

hervor, die eine wesentliche Linderung durch Suspension der Zölle auf Lebens- und Futtermittel sowie die Beseitigung des das Getreide verteuernenden Systems der Einfuhrscheine erfahren würde. Die bürgerlichen Parteien, von den Sunkern bis zu den Freisinnigen und ihre Presse verteidigen aber diese Auspöckerungspolitik, um sich die Gunst der Großgrundbesitzer und Großbauern zu erhalten. Allein die sozialdemokratische Partei und ganz besonders ihre

Presse

kämpfen zielbewußt, entschieden gegen die Hungerpolitik der Bürgerlichen.

Die sozialdemokratische Presse ist die Führerin des arbeitenden Volkes im Wahlkampfe! Sie ist es, die im Vorderreihen des Kampfes steht, Hieb auf Hieb des Gegners pariert und ihn angreift, um seine Stellung zu erschüttern.

Das einzige Organ für den Freisinn und das Fürkentum Lübeck, das die Interessen der Minderbemittelten vertritt, ist der

## „Lübecker Volksbote.“

Wie alle sozialdemokratischen Zeitungen kennt der „Volksbote“ nur ein Ziel: Die Lage des arbeitenden Volkes geistig und materiell zu heben, ihm zu dienen, zu helfen; zu kämpfen für Wahrheit und Recht, für die Volksbefreiung aus materieller und geistiger Knechtung!

Der „Volksbote“ behandelt die politischen Tagesereignisse in einer gebieterischen politischen Übersicht, bringt ausführliche Reichstags- und Bürgerchaftsberichte, pflegt den kommunalen Teil mit großer Aufmerksamkeit und trägt der Belehrung und Unterhaltung durch interessante Feuilletons und gute Romane in weitgehendster Weise Rechnung. So steht der „Volksbote“ wohl ausgerüstet; sein Einfluß, seine Macht aber wächst mit der Zahl der Leser. Diese Zahl ständig vergrößern, heißt die Gegner schwächen und

den Sieg vorbereiten.

Jeder neue Leser ist ein Kämpfer mehr für die Sache des Volkes, gegen das die ganze bürgerliche Reaktion im Felde steht. Niemand darf jetzt säumig beiseite stehen! Frisch ans Werk! Auf zu lebhafter Agitation für den

## „Lübecker Volksboten“.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 29. Dezember.

Der Streit in der Vorhauddlung von Schreiber, Katharinenstraße 47, dauert unverändert fort. Wir bitten jeden Jagag von Schlichtern und Hülsarbeitern streng fernzuhalten.

Achtung, Müller und Mühlenarbeiter! Wegen Mangelregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grismühle H. u. J. Brüggan, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zutritt ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Ein Wandkalender für das Jahr 1912 liegt der heutigen Ausgabe unserer Zeitung bei. Hoffentlich werden unsere Leser manche an schönen Erfolgen reiche Tage davon verzeichnen können.

Gründe, keinen Liberalen zu wählen. 9. Grund. Die Liberalen sind für indirekte, die Massenverbrauch belastende Steuern. Die „antifozial“ und „ungerecht“ verurteilten die Liberalen die schwarz-blaue Finanzreform. Damit haben sie ja recht, denn diese Finanzreform hat abermals die Hauptlast der neuen Steuern auf den Rücken der verbrauchenden Massen gewälzt. Wie aber haben die Liberalen selbst gehandelt?

Die Nationalliberalen haben seit jeher alle Verbrauchsteuern anstandslos bewilligt. Dagegen waren sie bis heute stets gegen die Erbschaftsteuer und haben auch in Einzelanträgen — wie 1907 in Sachsen — gegen die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die direkte Linie gestimmt. Für die Regierungsvorlage, die die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf die direkte Linie forderte, stimmten damals nur die Sozialdemokraten. Die Nationalliberalen haben sich aber stets mit Zentrum und Konservativen vor das Wort monnaie der Bekleidenden gestellt und haben sich nie scheut, die besitzlosen Massen mit indirekten Steuern zu belasten.

Im Programm der Fortschrittlichen Volkspartei heißt es dagegen: „Gerechte Verteilung der Steuerlasten. . . Entlastung unentbehrlicher Verbrauchsgüter und Rohstoffe von Steuern und Abgaben.“ Trotzdem war die Volkspartei als sie noch mit den Konservativen den Block bildete, bereit 400 Millionen neuer indirekter Steuern zu bewilligen. So war für Erhöhung der Branntweinsteuer, der Biersteuer, der Tabaksteuer, für die Beibehaltung der Zuckersteuer und gegen die von den Sozialdemokraten geforderte Beseitigung der Salzsteuer gestimmt. Streckholzsteuer und Steuern auf alkoholfreie Getränke wurden ernstlich in Erwägung gezogen!

Erst als die Liberalen aus dem Regierungsbund rausgemworfen wurden, besannen sie sich auf die soziale Steuerungerechtigkeit. Es ist taufend gegen eins zu weiten, daß diese schönen Lehren sofort vergessen haben werden, wenn man ihnen wieder einmal erlaubt, Regierungspartei zu spielen.

Wahlkampf. Eine stark besuchte Wählerversammlung, an der auch viele Frauen teilnahmen, fand am Donnerstagabend bei Schreiber in Moisling statt. Unser Reichstagskandidat E. Schwarz legte in feiner, oft von Beifall unterbrochener Rede dar, wie das arbeitende Volk ausgepowert wird, um für Heer, Marine und Kolonien den nötigen Mammon zu liefern, und wies nach, daß in gleicher Weise auch künftig vorgegangen werde, wenn nicht der 12. Januar mit einem glänzenden Sieg der Sozialdemokratie einen Umschwung unserer gesamten Politik bringe. In der Diskussion, an der sich Gegner nicht beteiligten, wies Genosse Hautz auf die Entstellungen hin, die sich Kleins Berichterstatter betreffs der Niendorfer Versammlung erlaubt habe und legte klar, was dort gegen Klein angeführt worden sei. Auch dieser Redner fand ebenso wie der Genosse Meyer lebhaften Zustimmung. Ein kurzgefaßtes Schlußwort des Referenten bildete den würdigen Abschluß der vortrefflich verlaufenen Versammlung, die das Gelübde der Arbeiter darstellt, Moisling den ehrenvollen Ruf einer „roten“ Hochburg dauernd und unverrücktem Maße zu erhalten. Allgemein ist man der Ansicht, daß Herr Klein darauf verzichten will, in Moisling überhaupt zu reden. — Eine am Donnerstag nachmittag im Konzerthaus Fünshausen abgehaltene öffentliche Bäckerversammlung nahm nach einem beifällig aufgenommenen Vortrag des Genossen Rasch einstimmig folgende Resolution an: Die heutige öffentliche Versammlung konstatiert, daß trotz wiederholter energischer Mahnung der Vertreter der Arbeiterpartei an die Regierungen der letzte Reichstag auch nicht das geringste unternommen hat, um die früheren Ansätze der Sozialpolitik in gesunder Weise weiter zu führen, sondern auf allen Gebieten der Sozialpolitik und Arbeiterversicherung ist die Arbeiterfeindlichkeit der Regierungen und der bürgerlichen Parteien offen zum Ausdruck gebracht worden. Dem neu zu wählenden Reichstage wird nur dann eine gesunde Fortführung der Sozialpolitik zu erwarten sein, wenn die einzige Partei, welche bisher zu jeder Zeit energisch für die Besserung der Lage der arbeitenden Klassen eingetreten ist — die Sozialdemokratie — in ganz anderer Stärke dort vertreten ist, als das in bisherigen Reichstagen der Fall war. Besonders unsere Berufsangehörigen haben in bezug auf Arbeiterschutz im Interesse ihrer Gesunderhaltung wie im Interesse des gesamten konsumierenden Publikums das berechnete und dringende Verlangen, daß im neuen Reichstag eine stotie Vorwärtsentwicklung erreicht wird, denn noch haben die Bäcker und Konditoren in Deutschland nicht wie in den anderen benachbarten Ländern einen gesetzlichen Ruhetag in der Woche zu beanspruchen; noch leuzen Massen unserer Kollegen unter dem Drucke regelmäßiger und gesundheitschädlich langer Nachtarbeit; noch mangelt es im Handwerk wie in den Fabriken an genügend eingehender und sachkundiger Kontrolle der Betriebsbedingungen, und in bezug auf den Schutz der Wöchnerinnen und der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist noch außerordentlich viel zu tun, um die Verhältnisse nur einigermaßen erträglich zu gestalten. Weil aber eine wirksame Fortführung des Arbeiterschutzes, sowie die Garantie für uneingeschränkte Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiterschaft nur zu erreichen ist, wenn die Zahl der sozialdemokratischen Mandate bedeutend vergrößert wird, macht es die Versammlung allen wahlberechtigten Kollegen zur Pflicht, nur dem Kandidaten der Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl ihre Stimme zu geben.

Arbeitsruhe am Wahltag. Die Baukempner, Lübeck, beschloßen einmütig, den Wahltag durch Arbeitsruhe zu begehen.

Die Reichsversicherungsordnung hat auch für die Personen einschneidende Änderungen zur Folge, die nach dem alten Invalidenversicherungsgesetz von der Versicherungspflicht befreit sind. Da die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Befreiung von der Invalidenversicherung durch die Einführung der Hinterbliebenenversicherung sich geändert haben, so verlieren alle auf Grund des alten Gesetzes von den Behörden erlassenen Befreiungsbescheide ihre Gültigkeit mit dem 31. Dezember 1911. Die Arbeitgeber solcher Personen müssen diese daher nach den Vorschriften der Befreiungsnachmachung des Stadt- und Landamts vom 22. Dezember 1911, betreffend die Meldungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, spätestens am 4. Januar 1912 anmelden, wenn diese Personen sich nicht inzwischen erneut vor dem nach dem 1. Januar 1912 zur Befreiung zuständigen



Versicherungsamt, einer Abteilung des Stadt- und Landamts, von der Versicherungspflicht haben befreien lassen. Die Befreiung ist aber nach der Reichsversicherungsordnung, abgesehen von den unwichtigsten Fällen der §§ 1298, 1299, nur zulässig bei Personen, denen das Reich, ein Bundesstaat, ein Gemeinbverband, eine Gemeinde oder ein Versicherungsträger Ruhegeld, Wartegeld oder ähnliche Bezüge im Mindestbetrage der niedrigsten Invalidenrente gewährt, oder denen auf Grund früherer Beschäftigung als Lehrer oder Erzieher an öffentlichen Schulen oder sonstigen solche Bezüge zustehen, vorausgesetzt, daß auf Grund des früheren Dienstverhältnisses auch eine Hinterbliebenenfürsorge gewährleistet ist. Es wird dazu bemerkt, daß die Vorschrift des Invalidenversicherungsgesetzes, wonach Pensionen oder pensionsähnliche Bezüge eine entsprechende Rentenkürzung oder den tatsächlichen Fortfall der Invalidenrenten bewirken und eine Befreiung von der Versicherungspflicht vorübergehend war, durch die Reichsversicherungsordnung aufgehoben ist. Pensionäre können also künftig, sofern sie sich nicht von der Versicherungspflicht befreien lassen, und wenn sie genügend Versicherungsbeiträge entrichten, im Invaliditätsfalle neben der Pension die Invaliden- und Hinterbliebenenrenten erhalten. Siebzehnjährige Personen und Unfallrentner können sich überhaupt nicht mehr befreien lassen. Im übrigen wird sachliche Auskunft im Stadt- und Landamt, Mühlenstraße 72, Zimmer 6, erteilt.

**Die Antisemiten** suchen durch Verbreitung von sogenannten „Hammer“-Flugblättern eine Judenhetze auch in Lübeck zu fördern. Selbstverständlich geschieht das aus „nationalen“ Gründen. Antisemitische Leute werden durch eine solche Agitation nur angewidert. Erwähnenswert ist nur, daß die Liberalen mit ähnlichen traurigen Argumenten arbeiten, wenn sie den Mangel an „Nationalismus“ der Arbeiter beweisen wollen.

**Das Oberversicherungsamt.** Der Senat hat den bisherigen Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung Amtsgerichtsrat Seif für die Dauer des ihm auf Lebenszeit übertragenen Hauptamtes zum Direktor des Oberversicherungsamtes und den Senatssekretär Regierungsrat Dr. Klesing für die Dauer seines Hauptamtes zum ständigen Mitgliede des Oberversicherungsamtes ernannt, sowie zu Stellvertretern der Benannten den Oberbeamten bei dem Polizeiamte Rat Dr. Linde und den bisherigen Stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung Amtsrichter Dr. Atermarck bestellt und ihren Amtsantritt auf den 1. Januar 1912 festgesetzt.

**Künftiges.** Von 18 hier wohnhaften selbständigen Uhrmachern ist der Antrag gestellt worden, für das Uhrmachergewerbe eine Zwangsinnung zu errichten, deren Bezirk die Stadt Lübeck und deren Vorstädte umfassen soll. Um festzustellen, ob die Mehrheit der beteiligten Gewerbetreibenden dem Antrage zustimmt, werden dieselben auf Grund des § 100 a der Gewerbeordnung hierdurch aufgefordert, ihre Äußerungen für oder gegen die Einführung des Beitrittszwanges bis zum 16. Januar 1912 bei dem Stadt- und Landamt einzureichen.

**Die Markthalle** ist am Sonnabend, dem 30. d. M., den ganzen Tag bis 9 Uhr abends und am Sonntag, dem 31. d. M., von morgens 11 bis 6 Uhr geöffnet.

**Zur Gestaltung einer neuen Umschlagszeichnung,** sowie einer Titel- und Schlußsignette für die Zeitschrift „In freien Stunden“ hat der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in d. P. ein Preisaus schreiben veranstaltet, an dem sich bedeutende Künstler beteiligten. Das Preisgericht, dem die Herren Professor Max Liebermann und Professor Max Slovop angehörten, sprach den ersten Preis im Betrage von 500 Mk. der Künstlerin Frau Ilse Schütze-Schur zu. Schon die am 1. Januar zur Ausgabe gelangende Nummer (Nr. 1) des neuen Jahrganges präsentiert sich in dem neuen Gewande. Als Hauptroman gelangt der bedeutende soziale Roman „Germinal“ von Emile Zola zum Abdruck. Alle näheren Angaben über die Wochenschrift „In freien Stunden“, die unsere Partei zur Bekämpfung der Schundliteratur gegründet hat, finden die Leser in dem der heutigen Nummer unserer Zeitung beigefügten Prospekt.

**pb. Diebstahl im Restaurant.** Am 26. d. M., in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, ist in einem hiesigen Restaurant ein graumeliertes Winterüberzieher abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Überzieher ist auf Seide gearbeitet und hat seidene Spiegel. Aus den Taschen eines andern dort hängenden Überziehers hat wahrscheinlich derselbe Dieb einen Kasserapparat und ein Paar Handschuhe gestohlen.

**pb. Entwendete Uhr.** Aus dem Schaufenster eines im Balauerföhr belegenen Geschäfts sind am Sonntag, dem 24. d. Mts., zwei Taschenuhren abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden, und zwar eine silberne Remonteuhr mit Goldrand und eine Nickeluhr mit gelbem Rand, ebensolchen Zeigern und arabischen Zahlen.

**pb. Eigentumsvergehen.** Am 23. dieses Monats ist vom Hausflur eines hiesigen Gasthofes ein etwa sechs- und zwanzig Zentimeter breiter und vierzig Zentimeter hoher nußbaumgebeizter Zigarrenschrank mit zwei Wörtern gestohlen worden. In der Tür befinden sich Goldverzierungen.

**pb. Der Hotelgast als Einbrecher.** Am 27. d. M. hat ein in einem hiesigen Gasthofe logierender Fremder, der sich unter dem Namen Stricker W. Weber aus Wiltter in das Fremdenbuch eintrug, einen Koffer des in dem Gasthofe bediensteten Hausdieners erbrochen, und demselben 50 Mk. in Gold und ein Sparfassenbuch der hiesigen Gewerbebank, auf 900 Mk. lautend, entnommen. Von dem Guthaben hat er am selben Tage gleich 720 Mk. erhoben, und ist dann nach Hamburg gefahren. Der Dieb, dessen rechter Unterschenkel bis zum Knie amputiert ist, stützt sich rechts auf eine gelbliche Stütze, und links auf einen Spazierstock.

**pb. Ein gemeingefährlicher Schwindler.** Am Mittwoch, dem 27. d. M., nachmittags gegen 5 1/2 Uhr, hat ein Betrüger auf der hiesigen Hauptpost einem 14 Jahre alten Knaben 130,50 Mk. abgeschwindelt. Er trat an den Knaben heran und schickte ihn nach einer Waffenhandlung, um Patronen zu holen, während er sich von dem Knaben das auf einer Postanweisung einzuzahlende Geld einhändigen ließ, um es für den Knaben einzuzahlen. Als der Knabe nach der Post zurückkehrte, war der Schwindler verschwunden. Der Betrüger ist etwa 30 Jahre alt, trug blonden Schnurrbart und war bekleidet mit steifem schwarzen Hut und hellgelbem Überzieher. Derselbe Schwindler ist schon in hiesiger Stadt in zahlreichen Fällen und in ähnlicher Weise aufgetreten. Es ist ihm auch gelungen, sich in vielen Fällen auf diese Weise in den Besitz von Geld und von Paketen mit folgendem Inhalte zu setzen: 1 blauer Knabenanzug, 1 hellblaues Kleid, 1 weißes Kleid, 1 Zuchunterrock, 2 weiße Nachtsachen, 6 Schuhlegetragen, 6 Paar Manschetten, 1 Paar wildlederne Handschuhe, 1 wertvoller Damen-Felzmantel, 1 roter wollener Kleiderrock mit schwarzem Besatz, 1 Paar neubehohlte Damen-Schnürstiefel, sowie Wurst und Speck. Es wird vor diesem gemeingefährlichen Schwindler dringend gewarnt.

**Öffentliche Bücher- und Lesehalle, Mengstraße.** Am Sonntag, dem 31. Dezember (Silvester) wird die Lesehalle

bis 7 Uhr abends, am 1. Januar (Neujahrstag) bis 9 Uhr abends geöffnet sein. Die Väterausgabe findet an beiden Tagen von 11 1/2 bis 1 1/2 Uhr statt.

**Santa-Theater.** Nur noch einige Tage ist das kolossale Weihnachtsprogramm zu sehen, und verabschiedet sich dasselbe in der Silvesternacht. Sonntag, den 31. ds. Mts., findet um 4 Uhr eine große Volks- und Fremdenvorstellung zu kleinen Preisen statt. Abends 10 Uhr beginnt dann die Silbervorstellung, zu welcher jeder Besucher ein Glas Punsch und Punschverteilung. Um 12 Uhr wird Direktor Gollbach einen Prolog sprechen, das neue Jahr begrüßen und nimmt dann das Programm seinen Fortgang, indem Stimmungsstücken humoristischen Inhalts vorgelesen werden. Der Vorverkauf zu dem Neujahrsummel findet bei Herrn Sager statt. Montag, den 1. Januar 1912, nachm. 4 Uhr: Volks- und Fremdenvorstellung, und abends 8 1/2 Uhr: Auftreten des neuen Programms.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Sonnabend nachmittag 3 Uhr und Sonntag nachmittag 3 Uhr finden bei ermäßigten Preisen Wiederholungen des Weihnachtsmärchens „Prinzessin Herzlieb“ statt. — Sonnabend abend 8 Uhr geht bei kleinen Preisen der lustige Schwanz „Die Logenbrüder“ von Lauff und Kraak in Szene. — Sonntag abend 7 Uhr findet bei Mittelpreisen ein „Unter Abend“ statt. Es kommt dabei die einaktige Operette „Guten morgen Herr Fischer“ von W. Friedrich zur Aufführung, ferner folgen Gesangsporträte der Damen Wibbalm, Mara, Renner und der Herren Bistori, Langefeld, von Schenk, Fabian, eine lustige Rezitation des Herrn Nowack, sowie ein Varusstück, arrangiert von der Ballettmästerin Marguerite de Roock, ausgeführt von der Solotänzerin Frä. Gulenberg und dem Corps de Ballet.

**Stadthallen-Theater.** Man schreibt uns: Am Montag (Neujahr) geht das reizende Lustspiel „Krieg im Frieden“ von Moser und Schönthan in neuer Einstudierung in Szene.

**Schlutup.** Die Sprechstunde des Arbeiterssekretariats findet am Sonnabend, dem 30. Dezember, abends von 6 bis 7 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Saborowski, Gathhof zur Linde“ statt.

**Schwartau.** Eine öffentliche Volksversammlung fand Mittwoch abend hier im Gathhof Transvaal statt. Derselbe war sehr gut besucht. Referent war Landtagsabgeordneter Genosse Schulz-Rüstringen, der es verstand in 1 1/2 stündiger fesselnder und feuriger Rede, der Versammlung Aufklärung zu geben über die Miswirtschaft des verflochtenen Reichstags, dem es durch die Hottentottenwahlen von 1907 und durch den schwarzblauen Steuerraubzug von 1909 möglich war, dem Volke so erdrückende Steuern und Abgaben aufzuballen. In scharfen Zügen kritisierte Redner das Verhalten der Freisinnigen und Nationalliberalen im Reichstag, die bei der bevorstehenden Wahl im 1. Oldenburgischen Wahlkreis mit unserm Genossen Johs. Stellung um das Mandat ringen. Redner sagte, wenn der König von Sachsen an seinen Vetter in Berlin telegraphierte: „Es ist eine Lust zu leben“, bei der Beendigung der Wahl 1907, so wollen wir Sozialdemokraten diesmal dafür sorgen, daß bei der bevorstehenden Wahl den Herren die Lust zum Leben vergeht. Am Schluß seiner Rede forderte Redner die Versammlung auf, keine Minute zu versäumen in der Agitation und Organisation, damit am 12. Januar der Sieg sich an unsere Fahnen hefte. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. In der Diskussion forderte der Vorsitzende Genosse H. Giese die Versammlung auf, einmütig bei der Wahl für unseren Kandidaten J. Stellung einzutreten, und schloß die interessante Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Versammlung begeistert einstimmt.

**Reusefeld.** Armenwesen in der Gemeinde Reusefeld. Nach der Gemeindeordnung hat die Armenkommission einmal in öffentlicher Sitzung in Gemeinschaft mit dem Gemeinderat Bericht über den Zustand des Armenwesens im verflochtenen Jahr zu erstatten. Für diese Sitzung stellt der Gemeinderatrechnungsführer eine umfangreiche Statistik zusammen und trägt sie dem Gemeinderat vor. So geschah es auch vor einigen Wochen über den Zustand des Armenwesens im Jahre 1910. Aus der vorgetragenen Zusammenstellung geben wir die wichtigsten Zahlen wieder. Im Jahre 1910 wurden 47 Gemeindeangehörige unterstützt. Die Unterstützungskosten betragen 6774,55 Mk. Die 47 Unterstützungsfälle betrafen 24 weibliche, 11 männliche Personen und 12 Familien. Dauernde Unterstützungen empfangen 21 Personen bzw. Familien, der Aufwand dafür betrug 4790,73 Mk. Nach dem Grund der Unterstützungsbedürftigkeit befragt, antwortet die Statistik in 17 Fällen mit gänzlicher Erwerbsunfähigkeit, nur in 4 Fällen kommen andere Gründe in Frage, z. B. in einem Falle umfangreicher Unterstützungslag als Grund vor Verbüßung längerer Freiheitsstrafe des Mannes. Vorübergehende Unterstützungen wurden in 26 Fällen gewährt. Die Unterstützungen beliefen sich auf 1983,82 Mk. Diese Fälle erstreckten sich auf Beihilfen bei Erkrankungen, besonders aber auf Witwen, die nicht imstande waren, genügend für sich und ihre Kinder zu verdienen. Als Hauptunterstützung wurde in diesen Fällen Feuerungsmaterial gewährt. In dieser Aufstellung sind nicht aufgenommen die Unterstützungen von Personen, die auswärts ihren Unterstützungswohnsitz haben, desgleichen nicht die Unterstützungen, die auswärts sich aufhaltenden Gemeindeangehörigen von anderen Armenbehörden gewährt wurden. Diese Unterstützungen mußten wir selbstverständlich erstatten. In obigen Zahlen stecken nur die Werte, welche den Armen direkt zuteil wurden. Die Gesamtausgabe für das Armenwesen betrug 1910 12558,66 Mk. Die reitlichen 5779,11 Mk. setzten sich zusammen aus den schon erwähnten Unterstützungskosten an Auswärtige und an nach auswärts für Gemeindeangehörige gezahlte Unterstützungen, ferner aus den Verwaltungskosten (Gehalte 590 Mk.), Abgaben für die Feuerversicherung, Unterhaltung des Armenhauses, Verzinsung der Bausumme, Rest der Bausumme (die ein Jahr einbehaltenen Garantiesummen), Beitrag an den Landesverband und sonstigen Ausgaben. An den Landesverband zahlte die Gemeinde 1395,71 Mk. Der Verband besorgt die Unterhaltung der Landarmen. Zu diesen werden auch gezählt die Geisteskranken, die Blinden und Taubstummen. Aus der Gemeinde Reusefeld werden zurzeit drei Geisteskrante unterhalten. Dieser Bericht über den Zustand des Armenwesens hat für den Sozialpolitiker ein weitgehendes Interesse als für die Gemeindeangehörigen. Das Mitglied der Gemeinde steht aus diesen Angaben, wie die Steuergrößen im Gemeindebezirk verwandt werden, es kennt zum größten Teil die unterstützungsbedürftigen Gemeindeglieder und wünscht, daß diesen genügende Unterstützung gewährt wird. Für den Statistiker und Sozialpolitiker bleiben nur die reinen Zahlen und doch haucht er ihnen Leben ein. In einer Gemeinde mit 3000 Einwohnern, die sich in der Mehrzahl aus Arbeitern zusammensetzen, kommen im Jahre 47 Unterstützungsfälle vor. Diese Zahl muß als sehr gering bezeichnet werden. Gibt es tatsächlich nicht mehr Armut in einer Arbeitergemeinde? Darauf kann keine Statistik Antwort geben, und doch handelt es sich um

bekannte Tatsachen. Die Armenunterstützung wird nur in Fällen der schlimmsten Not begehrt, solange es irgend geht, wehrt man ab, man will nicht den Mangel auf sich nehmen und von Armenunterstützung leben. Gar manche Witwen nährt sich kümmerlich von der kleinen Rente oder von dem kleinen Lohn für Strickarbeiten u. dergl. Wenn der alte Vater oder die erwerbsunfähige Mutter auch nur wenige Mark Rente bezögen, so begnügen sich doch die Kinder mit dieser kleinen Summe für die Verpflegung der Eltern, und ihnen nicht den Schmerz anzutun, sich „an die Gemeinde“ wenden zu müssen.

**Ahrensböf.** In einer starkbesuchten Wählerversammlung, die von sozialdemokratischer Seite auf gestern abend nach dem Lokale des Herrn Streese einberufen war, sprach Genosse Landtagsabgeordneter Ab. Schulz-Rüstringen über die Reichstagswahlen. In 1 1/2 stündiger Rede zeichnete der Redner in scharfen Strichen ein Bild der gesamten politischen und wirtschaftlichen Situation, beleuchtete die volksfeindlichen Taten des verflochtenen Reichstages und den infamen Steuerraubzug des schwarzblauen Blocks, dabei aber auch die jämmerliche Haltung der Fortschrittler und Nationalliberalen scharf kritisierend. Mit einem begeisterten Appell, am 12. Januar daraus die Nutzenwendung zu ziehen und den Volksfeinden liberaler und agrarisch-nationalliberal-keritaller Vörservanz durch die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten die Dichtung auszustellen, schloß Redner unter dem lebhaftesten Beifall der Zuhörer. — Obwohl die Versammlung stark von bürgerlicher Seite besucht war, fand eine Diskussion nicht statt. — Die ganze Versammlung folgte dann der Aufforderung, nach der nationalliberalen Versammlung in Stadt Hamburg zu gehen. Hier sprach der nationalliberale Kandidat Dr. Stöcker-Rüstringen. Er schimpfte weidlich auf die Liberalen und machte dann in den bekanntesten Farben das Wesen der Sozialdemokratie. Die Rede war echt nationalisierbar. Der Referent versprach alles. Er wollte den Arbeitern des Handwerks, den Kleinbauern helfen, er versprach „Schutz der nationalen Arbeit“, wollte aber auch ein starres Festhalten an der „bewährten Wirtschaftspolitik“, das heißt auf deutsch, das Festhalten an der infamen Einkommenpolitik. Er erging sich in freizeithlichen Phrasen und erklärte im selben Atemzuge, daß er eine Übertragung des Reichstagswahlrechtes auf die Einzelstaaten nicht wünsche. Er sicherte Koalitionsfreiheit zu und verlangte verstärkten Schutz der lieben Arbeitswilligen. Genosse Schulz-Rüstringen hatte es übernommen, diese „Drehscheibenpolitik“ und die „ollen Kamellen“ über die Sozialdemokratie, sowie die Haltung der Nationalliberalen im Reichstage, und das protektionistische Wirken der Agrarpolitik zu zerpfücken. In scharfer Satire und mit larfassischem Humor widerlegte unser Genosse, der als oldenburgischer Landtagsabgeordneter ja auch die Verhältnisse unserer staatlichen Gesetzgebung sehr gut kennt, Wort für Wort die Ausführungen des Referenten. Fast jeder Satz löste einen Beifallssturm aus, der am Schluß der 3/4 stündigen Ausführungen nicht enden wollte. Dann verließ der größere Teil der Besucher die Versammlung; zumal die berühmte Redefreiheit der Nationalliberalen sofort durch die Leitung dadurch dokumentiert wurde, daß unser Redner unterbrochen wurde. Stürmischer Applaus erfolgte, als unser Redner aufforderte, nicht den Vertreter der Fraktion „Drehscheibe“, nicht den wackel-lappigen Liberalen, sondern den bewährten Volksmann Johannes Stellung zu wählen. — Wir können mit dem Verlaufe beider Versammlungen sehr zufrieden sein.

**Hamburg.** Wahnsinnstater einer Mutter. Eine aufsehenerregende Szene spielte sich gestern nachmittag bei der Hohenluftbrücke ab. In Begleitung ihrer Schwester und ihres achtjährigen Sohnes ging dort eine in der Fren-anstalt Friedrichsberg untergebracht gewesene Witwe H. spazieren. Plötzlich erfaßte letztere ihr Kind, ließ damit in die Anlagen an der Bismarckstraße, umklammerte ihren Sohn und umwickelte ihn und sich mit einem Strick. Darauf sprang sie in größter Eile, da die nachlaufende Schwester ihr auf den Fersen war, mit dem Kinde in den Tübeckkanal. Mehrere Passanten waren bald zur Stelle, von denen schließlich ein beherzter Hausdiener beiden nachsprang, sie erfaßte und mit Hilfe der am Ufer stehenden Privatpersonen, und eines Schutzmannes auf Trockene brachte. Mutter und Kind waren noch bei Bewußtsein und wurden nach der Polizeiwache geschafft, wo sie mit trockenen Kleidern versehen worden sind. Die irrsinnige Mutter ist der Anstalt Friedrichsberg wieder zugeführt worden. — Tarifvertrag. Gestern wurde ein Tarif abgeschlossen zwischen dem Bezirksverein Hamburg des Deutschen Buchdruckervereins, sowie dem Prinzipalverein Sennefelder einerseits und dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Hamburg, Altona und Wandsbek andererseits.

**Schwerin.** Ein neuer Landesvertragsprozeß ist gegen den Kaufmann Karl Holtz in Schwerin eröffnet worden, der bereits seit einigen Monaten im Meier Unter-suchungsgefängnis in Haft sitzt. Die Anklageschrift, die Holtz kürzlich zugestellt worden war, beschuldigt ihn, daß er mit verschiedenen ausländischen Agenten in Verbindung gestanden habe.

**Schwerin.** Wer nicht pariert, der fliegt. Wie die liberale Presse meldet, wird „von adeliger Seite“ die Entfernung des Seminaroberlehrers Sivkovich aus seinem Amte gefordert, weil er als antijunkerlicher Kandidat im ersten mecklenburgischen Wahlkreise auftritt.

#### Briefkasten.

**Soziale Fürsorge.** Leider ist es im Lübecker Bau-gewerbe vielfach üblich, daß die Arbeiter es sich gefallen lassen, wenn ihnen der volle Beitrag zur Orts-krankenkasse abgezogen wird. Uns sind nur einige rühmliche Ausnahmen unter den Lübecker Baumeistern bekannt, die einen Schimmer von sozialer Fürsorge haben und in einwandfreier gelegentlicher Weise verfahren. Früher wurden sogar auf dem Arbeitsnachweis Mitglieder freier Hilfskassen bevorzugt. Da der einzelne diesem Unfug gegenüber machtlos ist, so konnte er gemäßigter „Sittrecht“ werden. Da auch Sie befürchten, Ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wenn Sie durchgreifen, so heißt es eben: „Weiter dulden!“ Aber trösten Sie sich; mit dem 1. Januar 1912, dem Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, hört dieser Schwindel auf, dann müssen diese Pfennigfuchser unter den Baumeistern alle bezahlen.

#### Literarisches.

**Handlungsgehilfen, technische Angestellte und Reichstagswahl.** Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 15 Pfg. Eine Broschüre, die den Privatangestellten zeigt, daß ihre Interessen wie die aller Arbeitenden nur durch die Sozialdemokratie wahrgenommen werden. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Böwig.  
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.



# HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

LÜBECK

Holstenstr.

Verlangen Sie  
**RABATTMARKEN**

bei jedem Einkauf  
von 20 Pfg. an.

## Preiswerte Angebote für Silvester!

Freitag — Sonnabend — Sonntag:

### Preiswerte Weine.

Roter Gebirgswein . . . . . Flasche 90 M.  
Château le Bec, Bordeaux . . . . . Flasche 1.25 M.  
Deutsche Rebe . . . . . Flasche 1.10 M.  
Rheinperle . . . . . Flasche 1.45 M.  
Lieserer Mosel . . . . . Flasche 1.85 M.  
Château Latour de Bessan . . . . . Flasche 2.40 M.

Apfelwein . . . . . Flasche 45 M.  
Fruchtwein, rot oder weiß . . . . . Flasche 65 M.

Kaiser-Sekt . . . . . } Frucht-Fl. { 1.95 M.  
Bürgermeister-Sekt . . . . . } Sekt-Fl. { 2.40 M.  
Charte Blanc . . . . . Flasche 2.85 M.  
Chât. Saline . . . . . Flasche 2.95 M.  
Echter Champagner Chaurey . . . . . 4.50 M.  
Fils, in Deutschland auf Flaschen  
gefüllt . . . . . Flasche 4 M.  
Punsch, Kaiser-, Rum-, Arrak . . . . . 1.75 M.  
Jamaika-Rum, Verschnitt . . . . . 1.35 M.

### Hafermast-Gänse

8-10 Pfund schwer . . . . . Pfund netto

**65**

### Berliner Pfannkuchen

mit Füllung 10 Stück 38 M.      ungefüllt 10 Stück

**32**

### Knallbonbon

in aparter Ausstattung

Dutzend **30** M.    **38** M.    **45** M.    bis **3** M.

### Delikatessen.

Lachs-Schinken . . . . . Pfd. 1.80 M.  
Gekochter Schinken . . . . . Pfd. 1.80 M.  
Hamburger Rauchfleisch . . . . . Pfd. 1.80 M.  
Grobe Landmettwurst . . . . . Pfd. 95 M.  
Preetzer Zervelatwurst . . . . . Pfd. 1.00 M.  
Stettiner Teewurst . . . . . Pfd. 1.60 M.  
Gothaer Mettwurst . . . . . Pfd. 1.20 M.  
Gothaer Blasenwurst . . . . . Pfd. 1.80 M.  
Gekochte Mettwurst . . . . . Pfd. 1.00 M.  
Hildesheimer Leberwurst . . . . . Pfd. 1.00 M.  
Trüffel-Leberwurst . . . . . Pfd. 1.60 M.  
Braunschweiger Blutwurst . . . . . Pfd. 70 M.  
Leberkäse . . . . . Pfd. 1.40 M.  
Diverse Rouladen . . . . . Pfd. 1.60 M.  
Gänseschmalz . . . . . Pfd. 1.50 u. 1.20 M.  
Feinste Meiereibutter . . . . . Pfd. 1.47 M.

### Fisch-Konserven

Geräucherter Lachs Pfd. 1.20 M.  
Sardinen in Öl . . . . . 75 42 M.  
Nordische Anchovis . Glas 28 M.  
Nordsee-Krabben . . Dose 45 M.  
Gekochten Lachs . Dose 1.30 M.  
Appetit-Sild . . . . . Dose 38 M.

### Käse

Ia. Rolländer Käse . Pfd. 1.10 M.  
Ia. Edamer Käse . . Pfd. 1.20 M.  
Ia. Schweizer Käse Pfd. 1.00 M.  
Gorgonzola-Käse . . Pfd. 1.60 M.  
Ia. Tilsiter Käse . . Pfd. 90 M.  
Tilsiter Käse, pikant Pfd. 60 M.

### Früchte und Nüsse

Almeria-Goldtrauben Pfd. 45 M.  
Apfelsinen . . . . . Dtzd. 60, 45 M.  
Prima Haselnüsse . . Pfd. 45 M.  
Traubrosinen 1/2-Pfd.-Kart. 45 M.  
Datteln, . . . . . Pfd. 38 M.  
Smyrna-Feigen . . . Pfd. 35 M.

### Braunschweiger Konserven

2-Pfd.-Dose	2-Pfd.-Dose
Stangenspargel, extra prima . 1.62 M.	Junge Erbsen, feinlein . . 75 M.
Stangenspargel, dünn u. zart . 1.30 M.	Junge Erbsen, fein . . . . 68 M.
Brechspargel, Ia, mit Köpfen 1.02 M.	Gemüse-Erbsen . . . . . 38 M.
Suppenspargel, Abschnitte . . 62 M.	Gem. Gemüse, Kaisermelg. 98 M.
Junge Karotten in Streifen . . 34 M.	Gemischtes Gemüse . . . 60 M.
Teltower Rübchen . . . . . 72 M.	Erbsen mit Karotten . . . 54 M.

### Freitag und Sonnabend Fleisch vom Lübecker Schlachthof:

Prima junges  
**Rindfleisch** . . Pfund **65** M.  
Bratenstücke Pfd. 75 M.

Prima junges  
**Schweinefleisch** Pfd. **65** M.  
Brat. u. Karb. m. Fett 75 M.

Prima junges  
**Hammelfleisch** Pfund **70** M.  
Rücken u. Keulen Pfd. 80 M.

Frische  
**Bratwurst** . . . Pfund **80** M.

Frisches  
**Rinder-  
Schweine-Hack** . . Pfund **80** M.

### Neujahrskarten u. Scherzartikel in größter Auswahl.

## Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz am 30. September 1911.

Aktiva.

Passiva.

	M.	M.		M.	M.
An Kassa-Konto . . . . .	7808	32	Bei Geschäftsguth.-Konto	62268	—
Buchhalter-Konto . . . . .	1100	—	Reservefonds-Konto . . . . .	6476	—
Bank-Giro-Konto . . . . .	—	—	Saufonds-Konto . . . . .	2000	—
(G. G. G.) . . . . .	21948	39	Warenvorschubfonds-Konto	1703	40
Bank-Giro-Konto Vor- schub- u. Sparverein . . . . .	26898	08	Dispositionsfonds-Konto	267	—
Bank-Giro-Konto . . . . .	—	—	Spareinlagen-Konto . . . . .	173736	82
Kommerzbank . . . . .	45298	31	Sparmarken-Konto . . . . .	536	25
Sparen- u. Gen.-Konto, G. G. G. . . . .	30339	35	Kautions-Konto . . . . .	8300	—
Geschäftsguth. G. G. G. . . . .	3170	30	Hypotheken-Konto I . . . . .	26250	—
Geschäftsguthaben Lübecker Gen.-Bäckerei . . . . .	10	—	Hypotheken-Konto II . . . . .	18000	—
Geschäftsguth. Nord- häuser Kantabaf.-Arb.- Genossensch. . . . .	57	85	Hypotheken-Konto III . . . . .	18000	—
Geschäftsg. Fortschritt . . . . .	62	90	Lieferanten-Konto . . . . .	28322	03
Geschäftsg. Vereins- brauerei . . . . .	300	—	Noch zu bezahlende Waren . . . . .	1385	22
Depositen-Konto . . . . .	230	—	Noch zu bezahlende Konten . . . . .	1132	01
Kant.-Hinterlegungs- Konto b. d. G. G. G. . . . .	1500	—	Feuerung- und Kar- toffel-Konto . . . . .	4912	55
Hypotheken-Konto I . . . . .	2000	—	Miete-Kreditoren-Konto . . . . .	219	59
Hypotheken-Konto II . . . . .	4146	75	Kadattguthaben der Genossen . . . . .	36024	89
Waren-Konto . . . . .	119640	23	Grüßung . . . . .	19292	72
Inventar-Konto . . . . .	33400	—			
Fuhrwerk-Konto . . . . .	3200	—			
Maschinen- und Möb- el-Konto . . . . .	843	—			
Ganz-Konto Lübeck . . . . .	40400	—			
Ganz-Konto Schwart. au-Rensefeld . . . . .	31480	—			
Ganz-Konto Schlutup . . . . .	35500	—			
	<b>406826</b>	<b>48</b>		<b>406826</b>	<b>48</b>

Im Geschäftsjahr 1910/11 sind der Genossenschaft 1508 Genossen beigetreten und 135 Genossen ausgeschieden. Am Schlusse des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 4438 Genossen an.

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich um 17 183,50 Mtl. und die Haftungsumme um 41 190 Mtl. vermehrt.

Die Haftungsummen betragen am Schlusse des Geschäftsjahres insgesamt 133 740 Mtl.

Der Vorstand:

A. Henze    F. Jarchat    Georg Starck

### Neues Stadttheater.

Sonnabend, 30. Dez. Nachm. 3 Uhr.

Bei ermäßigten Preisen!

**Prinzessin Herzlieb**

Weihnachtsmärchen v. Gruppe-Lörcher

Sonnabend, 30. Dez. Abends 8 Uhr.

Voll-Ab. 88. Außer Sonnab.-Ab.

Bei kleinen Preisen!

**Die Logenbrüder.**

Schwank von Laufs u. Kraak.

Sonntag, 31. Dez. Nachm. 3 Uhr.

Bei ermäßigten Preisen!

**Prinzessin Herzlieb**

Weihnachtsmärch. v. Gruppe-Lörcher.

Sonntag, 31. Dezbr. (Silvester)

Abends 7 Uhr.

Außer Voll- u. Tages-Abonnem.

Bei Mittel-Preisen!

**Bunter Abend.**

Guten Morgen Herr Fischer.

Operette in 1 Akt von W. Friedrich.

Ferner: Gesangs-Vorträge der

Opern-Mitglieder, Rezitationen,

Barfusskätz,

ausgeführt vom Ballett-Korps.

Montag, 1. Jan. Nachm. 3 Uhr.

Bei ermäßigten Preisen!

**Prinzessin Herzlieb**

Abends 7 1/2 Uhr:

Voll-Ab. 89. Montag-Ab. 14.

**Der Rodelzigeuner.**

Operette von Josef Snaga.

Dienstag, 2. Januar. 7 1/2 Uhr.

**Der Rosenkavalier.**

Oper von Richard Strauß.

**Stadthallentheater.**

Montag, 1. Januar (Neujahr).

Abends 7 1/2 Uhr.

**Krieg im Frieden.**

Lustspiel von Moser u. Schönthan.

Vorverkauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Reb, Köhnenmarkt 13.

## Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts“

Schwartau-Rensefeld.

## Einladung zum Ball

am Sonntag, dem 31. Dezember (Silvesterabend)

bei Herrn Piquardt, Hotel Kronprinz.

Anfang 7 Uhr.

Eintritt 1 Mtl., eine Dame frei.

## Hansa-Theater.

Sonntag, den 31. Dezember, nachmittags 4 Uhr:

**Volks- u. Fremden-Vorstellung.**

Abends 10 Uhr:

**Großer Neujahrsummel.**

Montag, den 1. Januar 1912,

nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr, Auftreten des

**Neujahrsummel.**

Franz Ebert

die urkomischen Lilliputaner.

Frl. Waldow

Soubrette, bei der kein Auge

trocken bleibt.

Genla Sylva

mit ihren herrlichen Tänzen.

Glänzende Dekorationen.

Ludwig Glaser

Humorist, mit feinen Schlagern.

Sonntags nachm. 4 Uhr finden regelmäßig Volks- u. Fremden-

Vorstellungen zu kleinen Preisen statt.

Sämtliche Künstler treten auf.

Gastspiel des Apollo-Ensembles

Dir. P. Malburg.

Vom 1. bis 8. Januar:

**Der Kolonialjunge.**

Poffe in 3 Akten von Malburg.

Musik von H. Holt.

Vom 9. bis 15. Januar:

**Die weiße Sklavin.**

Sensations-Schlager

in 11 Bildern.

Glänzende Ausstattung.



## Her mit dem gleichen Wahlrecht zum Deutschen Reichstage!

Das gleiche Wahlrecht zum Reichstage wurde im Sturm der Barrikaden von 1848, da das deutsche Proletariat zum ersten Male mitsprach, geboren. Das Frankfurter Parlament war gewählt nach dem Grundfatz: 50 000 Seelen — 1 Abgeordneter.

Die Reaktion, der Stock- und Poppswind Preußens zerbrach alle Parlamente, die aus gleicher Wahl auch in den Einzelstaaten hervorgegangen waren.

Als Lassalle von Düsseldorf nach Berlin gekommen war und den „Ernährungs-Dönsenjubel“ erlebt hatte, schrieb er am 21. Januar 1859 an Marg:

„Würde man die Windeln des eben geborenen Prinzen (Wilhelm II.) meistbietend versteigern, es wäre damit schönes Geld zu verdienen!“

Lassalle rief das von der bürgerlichen „Demokratie“ in den Winkel geworfene und eifrigst versteckt gehaltene Banner des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts aus dem Dunkel der Vergessenheit.

Das Wahlgesetz vom 31. Mai 1869, das dann in die deutsche Reichsverfassung von 1871 übernommen wurde, sagt: „Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten (sie betrug damals auf je 100 000 Seelen 1 Abgeordneter) infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.“ So ist's heute noch zu lesen im § 5 Absatz 3 des Wahlgesetzes zum Deutschen Reichstage!

Wie steht das Reichstagswahlrecht heute in Wirklichkeit aus?

Es betrug die Einwohnerzahl eines deutschen Reichstagswahlkreises, auf Tausende abgerundet:

	höchste	mittlere	niedrigste
1871 . . .	186	103	32
1884 . . .	370	117	37
1907 . . .	959	155	45

Tellow-Beeskow-Starkow-Charlottenburg, mit 1907 bereits 248 160 Wahlberechtigten, darf nur einen Abgeordneten wählen.

Berlin VI, mit heute 218 247 Wahlberechtigten, kann nur einen Abgeordneten wählen.

Bochum-Selkenkirchen mit heute 143 835 Wahlberechtigten darf ebenfalls nur einen Abgeordneten wählen.

Der Reichstagswahlkreis Schaumburg-Lippe mit nur 9891 Wahlberechtigten wählt ebenfalls einen Abgeordneten.

Waldeck mit nur 12 776 Wahlberechtigten wählt auch einen Abgeordneten.

Schleswig-Holstein 10: Lauenburg mit nur 12 908 Wahlberechtigten wählt ebenso einen Abgeordneten!

Das ist kein gleiches Reichstagswahlrecht mehr! Es ist planmäßiger Betrug des deutschen Volkes! Oder ist vielleicht ein Wahlrecht noch gleich, das jedem Wähler des Wahlkreises Schaumburg-Lippe

25mal so viel Wahlrecht gibt, als dem Stimmberechtigten des Reichstagswahlkreises Tellow-Beeskow-Starkow-Charlottenburg?

## Klassenstaatliche Weihnachten.

Der liberale Milchmischlandidat war zu Beginn seiner Wahlthätigkeit so — na, sagen wir, naiv, gegen die Sozialdemokratie ein „Weihnachtslied“ auszuspielen, das auf irgend einem Gewerkschaftsfest gesungen ist. Die Verse enthalten poetischen Gehalts; wir machen gar kein Geht daraus, daß der Welt nichts verloren gegangen wäre, wenn sie ungedichtet geblieben wären. Das haben sie mit manchen sogenannten „dichterischen“ Erzeugnissen eigen, vor allem mit den hurrapatriotischen. Geschmacklos, als das berühmte: „Haut ihn, daß die Lappen fliegen, daß sie all die Kränke kriegen in das klappernde Gebein“ — ist es sicher nicht. Doch davon abgesehen — Klein hat das Ding demagogisch mißbraucht. Er hat, geflissentlich verschweigend, daß das Gedicht Bezug nimmt auf die Greuel, die in russischen Kerker von entmenschten Hensersknechten an Freireichskämpfern verübt wurden, versucht, die läßliche Sozialdemokratie der Beschimpfung der läßlichen Gefängniswärter zu bezichtigen. Das war — klein gehandelt!

Im übrigen sollten bürgerliche Politiker, vor allem auch solche, die indirekt die Verlängerung des schandbaren Sozialknechtengesetzes und des noch schandbareren Belagerungsstatusandes mit auf dem Gewissen haben, wie die Fortschrittler, die Erfinder der „Abkommandierung“ bei wichtigen parlamentarischen Entscheidungen, sich sehr hüten, Sozialdemokraten, vor allem ältere, mit politischen Absichten an Weihnachten zu erinnern. Damit wecken sie nur Erinnerungen, die schlecht zur bürgerlich-rührseligen Feststimmung passen.

Wir haben keine Ursache, mit den Tatsachen hinterm Berge zu halten und lassen deshalb Eduard Bernstein zu Wort kommen, der im „Vorwärts“ anschaulich jene preußischen Weihnachten schildert, die unauslöschlich im Gedächtnis der deutschen Sozialdemokratie haften;

Es sind fünfundsanzig Jahre her, daß in Frankfurt a. M. die königlich preußische Polizei einen Streich vollführte, der seine Anstifter und Vollführer auf alle Zeit mit dem Brandmal der Schande bedeckte. Er gehört zu den nichtswürdigsten Akten der an solchen überreichen Geschichte des schmähvollen Ausnahmegesetzes gegen die deutsche Sozialdemokratie.

Frankfurt a. M. hatte schon vorher die Schändlichkeiten des Schandgesetzes im vollen Maße erfahren. Wie überall, wurde auch hier zugleich mit dem Inkrafttreten des Gesetzes das Organ der Arbeiterschaft brutal unterdrückt, und alle Versuche seines Redakteurs, des Genossen Karl Frohme,

Jeder Vertreter der Sozialdemokratie hat noch bei allen Reichstagswahlen viel, viel mehr deutsche Staatsbürger hinter sich gehabt als die Abgeordneten irgendeiner anderen Partei!

Die Stimmenzahl für je ein Mandat betrug im Durchschnitt bei den

	Sozialdemokraten	Konservative	Nationalliberalen	Freisinnigen	Zentrum
1871 . . .	61 887	9 629	9 360	7 445	11 495
1884 . . .	22 916	11 039	19 550	14 881	12 949
1907 . . .	75 791	17 670	30 196	25 572	20 759

Unter allen Parteien sendet die Sozialdemokratie seit der Gründung des Deutschen Reiches und bei jeder Wahl ihrer Vertreter mit drei- und vierfach stärkerer Anhängerschaft in den Reichstag als alle anderen Parteien! Sie hätte eine viel höhere Abgeordnetenzahl, wenn das Reichstagswahlrecht wirklich gleich wäre!

Die Wahl von 1907 zeigt dies ganz besonders deutlich. Sie wäre wie folgt ausgefallen, wenn nicht durch die herrschenden Parteien und ihre Regierung seit 40 Jahren gegen den Sinn der Verfassung regiert würde.

Es hätten Mandate bekommen;

		(- weniger)	(+ mehr)
Konservative . . . . .	nur 37	statt 59	- 22
Reichspartei . . . . .	16	21	- 5
Bund der Landwirte . . . . .	6	8	- 2
Antisemiten . . . . .	16	21	- 5
Süddeutscher Bauernbund	3	0	+ 3
Nationalliberale . . . . .	59	55	+ 4
Freisinnige Vereinigung . . . . .	nur 9	11	- 2
Freisinnige Volkspartei . . . . .	26	28	- 2
Süddeutsche Volkspartei . . . . .	5	7	- 2
Zentrum . . . . .	78	105	- 27
Polen . . . . .	16	20	- 4
Dänen . . . . .	1	1	-
Welsen . . . . .	2	1	+ 1
Elässer . . . . .	nur 3	7	- 4
Sozialdemokraten . . . . .	116	43	+ 73
Fraktionslose . . . . .	nur 4	10	- 6

So hätte der Reichstag ausgesehen, wenn wir ein wirklich gleiches Wahlrecht besäßen!

Die schwarzblauen Parteien haben das allergrößte Interesse an der Ungleichheit des Reichstagswahlrechts, deshalb haben sie auch immer gegen die Neueinteilung der Wahlkreise gestimmt!

Bei der jetzigen Wahl geht es auch um ein wirklich gleiches Reichstagswahlrecht!

## Der Verfassungskonflikt in der Türkei.

Die Regierung will das Parlament auflösen. Der Großvezier erklärt, die müsse geschehen, damit man Frieden schließen könne. Die Auflösung des Parlaments würde unbedingt eine Verschärfung der Reaktion zur Folge haben. Die Vergewaltigung des Parlaments muß zu einer Vergewaltigung der öffentlichen Meinung führen, die mit steigender Erbitterung sich gegen die Regierung wendet. Man spricht deshalb von Einschränkungen der Presse. Vor allem wird das Kriegsgericht Strangulierungsarbeit

sich durch Herausgabe kleiner periodischer Schriften eine Kritik zu schaffen, hatten das gleiche Schicksal, mochten die Schriften noch so wenig sich mit Tagespolitik befassen. Dann kam im Winter 1879-1880 der „Meinidsprozess“ Işfen, der damit endete, daß der Arbeiter Karl Işfen, weil er in einem Prozeß wegen Verbreitung von Bebel's Buch über die Frau nicht nach Wunsch der Polizei ausgefragt hatte, auf Verreiben des Polizeichefs Kumpf zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, obwohl seine Anschuld an der ihm zur Last gelegten Handlung so klar zutage lag, daß nach erfolgtem Gerichtspruch Işfen's Verteidiger, Dr. Geiger, einer der angesehensten Anwälte Frankfurts, auf Işfen zutrat, ihm die Hand drückte und mit bewegter Stimme sagte: „Işfen, es tut mir sehr leid, Sie sind unschuldig verurteilt worden.“

Der hier genannte Polizeirat Kumpf wurde ein Jahr darauf im Hochverratsprozeß Dave und Genossen der Anstellung und Befolgung eines richtigen Lockpfeils, des Schneiders Horsch, überführt. Es wurde vor dem Reichsgericht festgestellt, daß Horsch im Auftrage Kumpf's die Moskische „Freiheit“ abonniert und durch Ankauf von „Säuren“ scheinbar ein Attentat vorbereitet hatte, das Kumpf dann zum Anlaß nahm, Horsch und die von diesem namhaft gemachten „Komplizen“ zu verhaften. Die Sache war ein solcher Skandal, daß selbst der Vorsitzende des Reichsgerichtshofes, vor dem der Prozeß dann zur Verhandlung kam, seine schärfste Mißbilligung dieses Verfahrens aussprach und die Zulassung von Horsch als Zeugen ablehnte. Aber — eine Anzahl von Horsch, und indirekt von Kumpf, hineingelegte Arbeiter kamen auf Jahre ins Gefängnis.

Daß Kumpf für seine, selbst unter dem Gesichtspunkt des kapitalistischen Rechtsstaates verwerfliche Handlungsweise von seinen Vorgesetzten zur Rechenschaft gezogen worden wäre, hat man nicht gehört. Er ward am 13. Januar 1885 am Vorgarten seines Hauses von unbekannter Hand erstochen aufgefunden, und als der Verüber dieses Aktes wider Justiz ward am 1. Juli des gleichen Jahres der Anarchist Julius Riese von den Geschworenen auf Grund von Indizien zum Tode verurteilt, die höchstens zum Beweis einer Mitschuld ausreichen konnten.

Drei Wochen später, am 22. Juli 1885, rächte die Frankfurter Polizei den Tod ihres Hauptlings in gewalttätiger Weise an den Sozialdemokraten Frankfurts. Diese hatten einem ihrer besten Kämpfer, dem Bizeleuren Hugo Müller, in großer Zahl das letzte Geleit gegeben, als auf dem Fried-

leiten. Das Vereins- und Versammlungsleben ist auch jetzt schon in Konstantinopel durch das Kriegsgericht fast unmöglich gemacht worden.

Die albanesischen Abgeordneten, und zwar alle, ohne Unterschied der Fraktion, haben im Parlament eine Erklärung abgegeben, daß die Auflösung des letzteren die albanesische Bevölkerung jeder Hoffnung auf eine Besserung ihres Schicksals berauben würde und daß sie dann für die Ruhe nicht mehr einstehen. Die Stimmung in Albanien ist tatsächlich schon gegenwärtig so, daß man wieder den Ausbruch von Unruhen erwarten kann. Das ist mir von einem höheren türkischen Beamten versichert worden, der kürzlich von einer längeren Inspektionsreise durch Albanien zurückgekehrt war.

Auch in Mazedonien würde die Auflösung des Parlaments offenbar den ausländischen Elementen zugute kommen. Hier wie in Albanien würde sie das Werk der ausländischen Emigranten ungemein erleichtern.

Nun kann aber die Regierung nach der bestehenden Verfassung das Parlament gar nicht so leicht auflösen. Kommt es zu einem Konflikt zwischen der Regierung und dem Parlament, muß sich vielmehr die erstere zurückziehen. Kommt es dann aus dem gleichen Anlaß zu einem zweiten Konflikt, so kann auch dann die Regierung das Parlament noch nicht auflösen, sondern sie muß dazu erst die Zustimmung des Senats haben. Die Regierung verlangt deshalb eine Änderung des Artikels 35 der Verfassung um dem Sultan freizustellen, nach Belieben die Kammer aufzulösen. Für eine Verfassungsänderung braucht man eine Zweidrittelmajorität. Diese ist ausgeschlossen. Der Plan geht nun dahin, nach der Zurückweisung die Vorlage wieder einzubringen, eine zweite Zurückweisung herbeizuführen und dann die Einwilligung des Senats zur Auflösung der Kammer zu erbitten. Da aber der Senat sich in wilder Opposition zur Regierung befindet, so ist an dessen Einwilligung nicht zu denken. Darum wird ein Patrischub geplant, um im Senat eine Regierungsmehrheit zu bilden. Es ist klar, daß, wenn der Streich schließlich gelingt, man desto gewaltigere Unterdrückungsmaßregeln wird gebrauchen müssen, um mit der Opposition fertig zu werden.

Wird man aber in diesem Kampf gegen das Parlament und gegen das ganze Land sich auf die Armee stützen können? Durchaus nicht, denn die Armee befindet sich in voller politischer Zersetzung, die durch den Verfassungskonflikt erst recht gesteigert wird. Die erste Folge davon wird sein die weitere Schwächung der staatlichen Zentralgewalt und ihre Ohnmacht gegenüber den Provinzialverwaltungen, in denen sich — wie unter Abdul-Hamid — eine Satrapenwirtschaft entwickelt wird.

Die Macht des türkischen Staates nimmt im Quadrat der Entfernung von Konstantinopel ab. In Armenien reißen die kurdischen Feudalen immer mehr die Staatsgewalt an sich. In Mesopotamien gibt es überhaupt keine staatliche Autorität. Mit dem Imam Sahja hat die Türkei einen Vertrag geschlossen, der ihre vollständige Kapitulation vor den Rebellen bedeutet. Der Konflikt mit dem Parlament wird die Macht des Staates diesen Elementen gegenüber erst recht schwächen, und ein für die Türkei ungünstiger Friede sie zur Revolte reizen.

Es ist unter diesen Umständen kaum eine Abertreibung, wenn gesagt wird, daß die Auflösung des Parlaments zur Auflösung des Reiches führen würde.

hose der Polizeikommissar Meyer plötzlich während der Kranzniederlegung die Versammlung für aufgelöst erklärte und, als die Masse sich nicht sofort entfernte — was bei dem starken Andrang geradezu eine physische Unmöglichkeit war — von dem mitgebrachten 60 Mann starken Polizeiaufgebot mit dem Rufe: „Treibt die Bande mit der Waffe auseinander“, ein Gemetzel ausführen ließ, bei dem, selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse, wahllos und mit der größten Brutalität sogar auf Greise, Frauen und Kinder eingehauen wurde und das Blut in Strömen floß. Gegen vierzig Personen waren blutig geschlagen worden, einige davon hatten klaffende Wunden, gegen die Masse der Widerstandslosen aber hatten flache Säbelhiebe ihr tödliches Werk verrichtet. So unvermittelt und unpropädiert war das Gemetzel der Polizei, daß kein unparteiischer Zeuge der Blutzene daran zweifeln konnte, daß es sich um ein vorher überdachtes und planmäßig ins Werk gesetztes Unternehmen handelte. Die bürgerliche Presse erklärte eine Untersuchung für dringend geboten, und die Behörde sah sich dann auch genötigt, ihr Folge zu geben und den Kommissar Meyer während der Untersuchung vom Dienst zu suspendieren. In der Tat wurde Meyer dann von dem Gericht, vor das die Sache kam, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, und ebenso traf auch einige der Schutzeleute für ihre Brutalitäten Verurteilung zu Gefängnis. Wenn selbst königlich preussische Richter so befanden, so kann man daraus einen Schluß ziehen, wie schändlich die Polizisten gehandelt haben mußten. Aber — es gibt auch königlich preussische Gnade. Meyer und Genossen erhielten Befreiung von den ihnen zugesprochenen Strafen durch königlichen Gnadenakt.

Schon damals scheint man geplant zu haben, über Frankfurt am Main den kleinen Belagerungsstatus zu verhängen. Aber der Kurs der inneren Politik Bismarcks lief gerade in etwas anderer Richtung, und so drang dieser Plan, für den bezeichnenderweise in deutschen österreichischen Blättern Fühler herausgesteckt worden waren, nicht durch. Jedoch, aufgeschoben war nicht aufgehoben.

Im Jahre 1886 schlug der Wind in den oberen Regionen des Reichs um. Wir sind in der Ära des Puttkamerischen Streikerlasses. Hinter jeder Armee Streit lauert die Hydra der sozialen Revolution, die gesellschaftliche Arbeiterbewegung wird wieder staatsgefährlich.

Am 9. November 1886 dringt die Frankfurter Polizei in eine Zusammenkunft von sozialdemokratischen Arbeitern ein,



# Die Revolution in China.

Die revolutionäre Bewegung ist anscheinend auf einem sehr kritischen Punkt angekommen. Die Friedensverhandlungen in Schanghai haben bisher zu keinem anderen Resultat geführt, als daß die Revolutionäre bestimmt erklärt haben, daß sie von ihrer Forderung einer republikanischen Regierungsform unter keinen Umständen abgehen werden. Der kaiserliche Unterhändler soll deshalb bereits abgedankt haben, und die Verhandlungen sollen infolgedessen abgebrochen sein. Die Mandschuprinzen des kaiserlichen Hofes haben bei der Kaiserin-Witwe einen geheimen Familienrat abgehalten, um über die Frage zu entscheiden, ob China nicht eventuell in eine südliche Republik und ein nördliches Kaiserreich zu teilen sei. Man hat sich jedoch zum Kampf bis aufs Äußerste entschlossen. Quanschikai hat daraufhin die Dynastie vor die Alternative gestellt, entweder jetzt das gesamte Privatvermögen mit Einschluß jenes der Prinzen für die vor einigen Tagen aufgelegte patriotische Anleihe in Höhe von 30 Millionen Taels herzugeben, oder seinen Rücktritt und den seines Kabinetts anzunehmen. Die Kaiserin-Witwe und die Prinzen haben das erstere Ansuchen abgelehnt, und Quanschikai soll daraufhin heute sein Abschiedsgesuch eingereicht haben. Läßt die Dynastie nun Quanschikai wirklich gehen, so wird wohl der Ausbruch einer allgemeinen Anarchie im Norden die unmittelbare Folge sein.

Die Revolutionäre stellen die Forderung, daß die Nationalversammlung nach Nanking berufen werde, damit sie die Staatsform feststelle. Quanschikai erwiderte, die Unsicherheit der Verkehrswege und die Notwendigkeit der Feststellung des Wahlreglements erfordere einen Aufschub von einem Vierteljahr. Er hat bis zu diesem Zeitpunkt zu warten, worauf er dann die Frage dem Thron vorlegen werde. Quanschikai ist anscheinend bestrebt, Zeit zu gewinnen, damit der Aufstand finanziell seine Grundlage verliere. Den Gefallen werden die Revolutionäre ihm aber schwerlich tun.

In Peking wurde ein kaiserliches Edikt bekanntgegeben, in dem der Thron seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen repräsentativen Konferenz, die über die Regierungsform der Chinesen entscheiden soll, auspricht.

Die „Agence d'Extreme-Orient“ enthält folgende Mitteilung aus Sinkiang: Wir erfahren, daß die Mochamedaner dieser Provinz unter dem Einfluß der Fremden eine revolutionäre Agitation betreiben. Es ist eine Versammlung abgehalten worden, an der 30 000 Personen teilnahmen und in der der entschiedene Wunsch ausgesprochen wurde, mit den Revolutionären von Kanton und Schensi in Verbindung zu treten. Zahlreiche Unruhen ereignen sich in dieser Provinz. Auch Tibet ist in die Bewegung eingetreten.

Japan verstärkt die Truppen in Hankau um 700 Mann. Die Gesamtstärke der fremden Truppenkontingente wird darnach betragen: in Hankau 1900, in Tientsin 500 und in Peking 2100 Mann. Die internationale Besetzung der Bahnstrecke Peking-Schanghai-Kuan ist in fünf Abschnitten vorgehen.

In einer Versammlung mongolischer Fürsten wurde beschlossen, die Unabhängigkeit der Mongolei zu erklären, wenn China Republik würde, andernfalls aber die Mandschus zu unterstützen.

Eine Privatdepesche aus Newyork meldet: Russische Truppen, angeblich gerufen von jenen mongolischen und turkestanischen Fürsten, die noch einer gewissen

Es heißt freilich andererseits, die türkische Regierung werde von den Großmächten zu diesem Schritt gezwungen. Dem der Widerstand des türkischen Parlaments stehe den diplomatischen Abmachungen im Wege, zu denen neben der Okkupation von Tripolitarien durch Italien, die Freigebung der Dardanellen an Rußland zu gehören scheint. Rußland und England sollen mit der Errichtung eines Protektorats gedroht haben. Ob dies sich verwirklichen läßt, ist ein Problem mit vielen Fragezeichen; viel wahrscheinlicher aber ist es, daß die Auflösung des Parlaments Zustände erzeugen würde, bei denen das Protektorat schließlich wird errichtet werden müssen. Diese Eventualität wird hier viel kühler aufgeföhrt, als man glauben sollte. Es gibt selbst unter den Türken Leute, die offen sagen: „möge es kommen, wie es will, nur muß eine Änderung eintreten, denn so können wir nicht mehr weiter leben.“

Die Opposition hat nun Said Pascha zum Brennpunkt ihrer Angriffe gemacht. Unter anderem wird ein Memorandum gegen ihn ins Feld geführt, in dem er unter Abdul Hamid die Verderblichkeit eines parlamentarischen Regimes für die Türkei nachzuweisen bestrebt gewesen sein soll.

Andererseits hat die Opposition herausgefunden, daß die Auflösung des Parlaments der Regierung noch durchaus kein Recht gewähren würde, Frieden zu schließen, da dazu, nach der Verfassung, die Zustimmung des Parlaments nötig ist, und daß diese Zustimmung insbesondere auch noch bei Gebietsabtretungen vorgeesehen ist.

So erweitert und verschärft sich der Verfassungskonflikt mit jedem Tag.

Parous.

## Der Raubkrieg.

An Frieden ist noch nicht zu denken. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Londoner Blätter verbreiteten Meldungen, wonach Italien Friedensverhandlungen eingeleitet habe, denen sich aber die öffentliche Meinung in der Türkei widersetze. Es ist kaum nötig, zu betonen, daß diese Nachrichten jeder Grundlage entbehren.

Die von den Türken gemeldete Niederlage wollen die Italiener nicht zugeben. Sie lassen erklären:

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Kriegsminister eine Depesche veröffentlicht habe, wonach die Türken und Araber am 22. Dezember die italienischen Stellungen bei Tobruk angegriffen hätten, bis an die italienischen Befestigungen vorgebrungen seien, sich der Maschinengewehre bemächtigt und mehrere Mann verletzt. Die Meldung ist ebenso unzutreffend wie eine andere frühere aus der gleichen Quelle. Den Türken und Arabern gelang es weder, die italienischen Linien zu durchbrechen, noch etwas zu erbeuten, sondern sie wurden mit erheblichen Verlusten zurückgeschlagen. (Dieses Dementi klingt nicht glaubwürdig, da die Italiener das Geschick bei Tobruk nicht bis jetzt verschwiegen haben würden, wenn es für sie erfolgreich gewesen wäre.)

Ein Araber, der aus Accara in der Nähe von Bir Tobras zurückkehrte, erklärte, die Araber hätten beschloffen, die italienische Fahne aufzuziehen, sobald die Italiener sich der Ortschaft näherten. Tatsächlich gaben die Araber, sobald sie die Italiener bemerkten, Zeichen, daß sie sich unterwerfen wollten. Als die Türken dies erfuhr, sollen sie mit anderen Arabern in das Dorf eingedrungen sein, mehrere Männer, Frauen und Kinder getötet und die Überlebenden zerstreut haben.

von der ihr eigener Bericht zugeben mußte, daß sie sich mit der Frage der Beteiligung an den Wahlen zum Gewerbegericht befaßt hätte. Die Teilnehmer wurden verhaftet, zum Teil gefesselt und einer peinlichen Untersuchung unterworfen. Wo vorgefundene Notizen Namen enthielten, wurden deren Träger gleichfalls verhaftet. In die Presse lancierte Notizen verkündeten, daß die Polizei einem großen Komplott auf der Spur sei, das in einem Hochverratsprozeß zur öffentlichen Kenntnis kommen werde. Tatsächlich lag nichts, absolut nichts vor, das auch nur entfernt eine Handhabe zu einer solchen Anklage hätte bieten können. Die ganze Untersuchung, die zeitweise mehr als fünfzig Arbeiter hinter Schloß und Riegel brachte, verflüchtigte sich später in einem Prozeß wegen unerlaubter Verbindung, unter dem Ausnahmegericht die selbsterfindliche Sache von der Welt. Keinem der Verhafteten konnte mehr zur Last gelegt werden, als daß er sich erlaubt hatte, ohne polizeiliche Erlaubnis zu atmen.

Lauter hatte aber die Polizei durch die gehässig-gewalttätige Art, wie sie die Untersuchung betrieb, einen ehrlichen Arbeiter, den Schneider Schäfer, in den Tod gesagt. Schäfer war aus der Haft entlassen worden, weil man absolut nichts bei ihm gefunden hatte. Kaum in seiner Wohnung angelangt, steht er sich von neuem von der Polizei überfallen, die sein Zimmer einer peinlichen Durchsuchung unterwirft. Ob er nun von dem Gedanken geplagt war, daß man ihn aus neue ins Gefängnis schleppen werde oder was sonst sein Gehirn durchsuchte — genug, fieberhafte Erregung übermannt ihn, er läuft ans Fenster, reißt die Flügel auf und stürzt sich verzweifelt aus der im dritten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße hinaus.

Als man ihn vom Platz trug, gab der Arme noch etliche schwache Lebenszeichen von sich, hauchte aber auf dem Wege zum Spital seinen Geist aus. Eine große Blutlauge bezeichneter den Ort, wo er niedergefallen war. Der Bewohner des Hauses und der näheren Umgebung, die hinzugelassen waren, bemächtigte sich begreiflicherweise große Erregung. Aber — heißt es im Bericht der Lokalpresse — die Leute sprechen mehr in sich hinein; sie scheren sich, ihre Empfindungen und Gedanken anderen gegenüber zu äußern.“

Bräuen wir zu sagen, was diese Leute fühlten und dachten? Welche Gedanken sich der Frankfurter sozialdemokratischen Arbeiterpartei bemächtigt, als die Schreckenstakt allgemein bekannt wurde?

In des Vieh es bei den Gedanken. Am 17. November wurde die Leiche Schäfers auf Anordnung der Polizei heimlich beigesetzt — auf Demonstrationen zu verhindern. In Wirklichkeit blieb alles ruhig. Man war gewohnt, vieles zu hören, und trug auch dieses ohne Aufsehen gewalttätiger Zusammenstöße. Trotzdem erfolgte, nachdem

nier weitere Wochen ohne Störungen der Ruhe ins Land gegangen waren, am 16. Dezember 1896 die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Frankfurt a. M., Hanau, Höchst und Umgebung. Ein Polizeiakt, für den absolut keine sachliche Begründung vorlag. Johannes Miquel, damals Oberbürgermeister von Frankfurt, ließ ausdrücklich im nationalliberalen Frankfurter Journal bekanntgeben, er würde, wenn man ihn vorher befragt hätte, von der Maßregel abgeraten haben. Aber was bedeutete das bürgerliche Oberhaupt der Stadt, was die Vertretung der Bürgerschaft, um deren Schutz es sich angeblich handelte! Einer der Antreiber zu der Maßregel war der Landrat des Kreises Hanau gewesen, und der hieß Graf Wilhelm von Bismarck und war der Sohn des allmächtigen Reichskanzlers.

Ein reiner Polizeiakt war, geboren aus dem Geist der schlimmsten Überlieferungen des preußischen Polizeistaates. Und seine Anwendung war dieses Geistes seiner Urheber würdig.

Am 16. Dezember war der Belagerungszustand proklamiert worden. Natürlich wußte man in Frankfurter Polizeipräsidium schon an jenem Tage, wem die auf Grund seiner zu verfügenden Ausweisungen zugeordnet waren. Aber so schlecht man ausweisen, das war nicht genug. Man ließ eine weitere Woche verstreichen. Sie verlief ohne das geringste Zeichen von Unruhe. Nichts regte sich in der Arbeiterpartei, und schon konnte man glauben, die Polizei werde sich mit der Verfügung über die Waffe der Ausweisung begnügen und sie nur in Ausnahmefällen anwenden, zumal der Ausweisungsparagraph in anderen „belagerten“ Städten schon als unmissam erkannt war.

Die aber so wählten, kannten den Geist nicht, der im Frankfurter Polizeipräsidium den Ton angab. Es kam das Weihnachtsfest, das Fest der christlichen Liebe heran — Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen. Und am Vorabend des Weihnachtstages, am sogenannten heiligen Abend, wo Bescherung in den Familien stattfand und die Freudenstimmung obwaltete, erhalten die hervortragenden Führer der Sozialdemokratie Frankfurt, voran der Reichstags-Abgeordnete für Frankfurt, Adolf Sabor, die Vorladung auf die Polizei, deren Fassung ihnen anzeigt, daß sie die Ausweisungsverfügung entgegennehmen sollen. Und am nächsten Vormittag — am Weihnachtsmorgen — wird den auf der Polizei Erschienenen auch eröffnet, daß sie am übernächsten Tage Frankfurt zu verlassen haben.

Kann man sich eine größere Rohheit und Rücksichtslosigkeit denken? Nichts war geschehen, die Ausweisung als dringende Maßregel erscheinen zu lassen, nichts, absolut nichts bedrohte Ruhe und Ordnung

Unabhängigkeit sich erfreuen, sind in mongolisches und turkestanisches Gebiet eingedrückt.

## Die Pläne unserer Kolonialfere.

Wir haben erst kürzlich dargelegt, daß der einverhandelte Fugen „Neu-Kamerun“ nicht etwa eine endgültige Abrundung unseres afrikanischen Kolonialbesitzes darstellte, sondern nur einen ersten Bissen, der den Appetit auf weitere ganz andere Erwerbungen erst recht reizen würde. Die freikonservative „Post“ rückt dem auch bereits mit den wirklichen Plänen und Forderungen unserer Kolonialfere heraus. Sie geht „aufs Ganze“ und verlangt nichts weniger, als daß ganz Mittel Afrika vom Atlantischen Ozean bis zu Indischen Ozean in ein einziges zusammenhängendes deutsches Kolonialgebiet verwandelt werde!

Am liebsten wäre es ja dem Blatte, wenn Deutschland in Südamerika Ansiedelungsland erwerben könnte. Das gehe aber nicht, solange wir nicht die Willen und die Kraft haben, einen Weltkrieg mit den Nordamerikanern zu führen. Auch Marokko ist zu nächst (!) als deutsches Ansiedelungsland verloren. Also ganz gibt die brave „Post“ auch Marokko nicht auf, ebensowenig wie ein Weltkrieg mit den Vereinigten Staaten ihr ganz außerhalb aller Möglichkeiten zu liegen scheint! Immerhin will sich das Blatt fürs erste dahin beschreiben, daß nur Portugiesisch-Angola Portugiesisch-Mosambique bis zum Sambesi und dann, zur Verbindung des deutschen Koloniallandes an der West- und der Ostküste, auch das belgisch-Kongogebiet von Deutschland annektiert werde!

Die „Post“ glaubt, daß Angola und Mosambique ganz leicht zu haben seien. Durch den Delagoavertrag vom Jahre 1898 sei mit England bereits dahin ein Abkommen erzielt, daß bei einer Liquidation des portugiesischen Kolonialgebietes Deutschland Angola und die nördliche Hälfte von Mosambique erhalte. England habe freilich Deutschland „betrogen“ und den Portugiesen das nötige Geld geliehen, um seine zerrütteten Kolonien noch eine Zeitlang behaupten zu können. Durch den Sturz des portugiesischen Königiums sei die Frage der Aufteilung der portugiesischen Kolonien jedoch wieder aktuell geworden. Man müsse eben „Herrn Grey und Asquith beim Wort nehmen und die Liquidation des portugiesischen Kolonialgebietes verlangen“. Man dürfe auch nicht länger warten, sondern „das Eisen schmieden, so lange es noch warm ist“. Das deutsche Volk sehne sich „nach neuen Zielen und neuen Taten“. Als solches Ziel aber erscheine die Forderung: „Mittel-Afrika deutsch!“ Sei dieses Ziel erreicht, so werde Deutschland einen afrikanischen Kolonialbesitz haben, der sechzehnmal so groß sei wie das Deutsche Reich!

Daß die Ausgaben für unsere Kolonien, die jetzt schon jährlich — ohne eine Schuldverpflichtung von hundert Millionen — 30 Millionen Mark jährlich ausmachen, dann ins Unbegrenzte anwachsen würden, kümmert natürlich die „Post“ nicht. Ebenso schnuppe ist ihr, daß jedes derartige Kolonialabenteuer die Gefahr des Weltkrieges von neuem herauf beschwören werde! Das deutsche Volk aber, das derartig über die wirklichen Pläne unserer Kolonialtreiber aufgeklärt ist, wird am 12. Januar dafür sorgen, daß die weltpolitische Narrheit nicht in den Himmel wächst!

in Frankfurt. Und da wählt die Polizei das Weihnachtsfest, um eine Anzahl politischer Gegner, wiederum meistens Familienväter, mit der elenden Maßregel der Ausweisung heimzuführen. Wir hielten es absolut für ausgeschlossen, schrieb die „Frankfurter Zeitung“, daß die Polizeibehörde am ersten Weihnachtstag eine solche harte Maßregel über eine Anzahl Einwohner und ihre Familien verhängen könne. Aber sie mußte hinzufügen:

„Leider sind uns im Laufe des Vormittags Mitteilungen zugegangen, die keinen Zweifel darüber lassen, daß die Landespolizeibehörde auch diejenige Rückficht, die selbst die feurigsten Befürworter strenger Maßregeln gegen die Sozialdemokratie von ihr erwartet haben mögen, die Rückficht auf das häusliche Glück am Weihnachtstfeste, nicht hat walten lassen.“

Nein, die Landespolizeibehörde, der Polizeipräsident von Dergenhahn, hatte gerade das Gegenteil getan.

Ein Schrei der Entrüstung ging durch Deutschland, als die Nachricht von dieser preußischen Weihnacht bekannt wurde. Gar manche Faust ballte sich, von manchen Lippen ertönte es: „wie lange noch, wie lange? Wer den ohnehin in ungunstiger Lage befindlichen Gegner erst seiner wirksamsten Waffe beraubt, ihn dann hinterrücks überfällt, ihn an Händen und Füßen knebelt und den so wehrlos gemachten dann noch mit den Füßen ins Gesicht tritt.“ schrieb der Züricher „Sozialdemokrat“, und traf wohl damit das allgemeine Empfinden, ist ein erbärmlicher Feigling, den jeder ehrliche Mann, und stehe er in der Sache selbst auf seiner Seite, nur verachten kann.“

Sie ruhen zum Teil schon unter der Erde, die von der brutalen Maßregel heimgeführt wurden. Adolf Sabor ist hingegangen. Jakob Schmidt, den die Arbeiter Frankfurts zu Sabors Nachfolger in der Vertretung ihrer Stadt erwählten, Heinrich Prinz und andere damals Ausgewiesene gehören zu unseren Toten. Andere leben noch heute im Exil, das sie dann aufsuchen mußten; andere sind noch dem Fall des Schandgesetzes heimgekehrt und wirken noch heute im Kreise der Genossen für die große Sache, um die sie damals gelitten haben. Denn gelitten haben sie in jenen Tagen alle, was auch ihr späteres Schicksal war. Das soll nicht vergessen werden. Und nicht vergessen werden soll die Brutalität, die an jenen verübt wurde. Die Geschichte weiß blutige Taten zu vermelden, die von Gewalttätigern und deren Schergen in Momenten der Bedrohung ihrer Macht durch Aufstände verübt wurden. Hier aber war von Aufstand, von irgendwelcher unmittelbaren Gefahr nicht der entfernteste Gedanke. Keine Rücksicht auf Sicherheit kann die grausame Maßregel entschuldigen oder auch nur mildern. Sie bleibt ein Schandstück in den Annalen der Geschichte, ein Denkmal der Gemütsroheit, das die Namen der Vererber auf ewig der Berachtung überliefert.



# Aus der Partei.

**Politische Falschmünzerei.** Durch die bürgerliche Presse läuft seit einigen Tagen eine Notiz, die im Reichsverbande eine Anwehrrartikel ausschaltet, den Gen. Westmeyer am 18. Dezember in der "Freien Volkszeitung" veröffentlichte. Westmeyer nahm in dem Artikel Stellung zu den Stuttgarter Parteiwirren und protestierte besonders gegen die Art und Weise, wie die bürgerliche Presse und deren angeblich parteiunabhängige Hintermänner die bedauerlichen Differenzen zu fruchtbareren suchten.

Westmeyer hatte nicht mit der Gemütslosigkeit der bürgerlichen Presse gerechnet: sie ignoriert die Zurechtweisung und fällt sich aus der "Abwehr" Angriffe auf die eigene Partei Westmeyers zusammen, die sie unter der Überschrift "Von der Brüderlichkeit der Roten" an ihre Leute zu bringen sucht.

Es ist dies ein Wahlmanöver, das auf der gleichen Höhe steht, wie alle die Fälschungen und Verdrehungen, die auch bei früheren Wahlkämpfen gegen die Sozialdemokratie unternommen worden sind. Westmeyer ersucht uns, ausdrücklich festzustellen, daß sich seine Abwehr gegen die unter parteiunabhängiger Flagge segelnden Verleumdungen richtet. Er verweist darauf, daß gelegentlich der Stuttgarter Gemeinderatswahl die bürgerliche Presse eine ganze Anzahl anonymer "Eingefandts" veröffentlichte. Wer die "vornehmen" Gebrauche der gegnerischen Presse Süddeutschlands kennt, der weiß, daß bei allen Wahlen sich auf den "Eingefandts" eine Schaar anonymer Helden tummelt, die sich unter der Bezeichnung "Alter Parteigenosse", "Mitglied der freien Gewerkschaft", "Arbeiter" usw. verkleiden, um bei allzu leichtgläubigen den Anschein zu erwecken, als kämen die Angriffe aus den eigenen Reihen der befähigten Arbeiterklasse.

In Stuttgart richteten sich diese Angriffe vorzugsweise gegen Westmeyer. Man hoffte, durch sie die Parteidifferenzen zu verschärfen und damit die Interessen der bürgerlichen Parteien zu fördern.

Diese perfide Kampfweise brandmarkt Westmeyer, der in seiner Zuschrift an uns besonders betont:

"Es steht fest, daß die sozialdemokratische Partei mit den Gemeinheiten der bürgerlichen Presse und deren Hintermänner nichts zu tun hat. Im Gegenteil hat die Partei durch ihre zuständigen Instanzen auf die schärfste Stellung genommen gegen die bürgerliche Presse und ihre Kumpane, die jetzt die eigene Verkommenheit der sozialdemokratischen Partei andichten möchten."

# Aus Nah und Fern.

**Das Massensterben der Obdachlosen.** Die Vergiftungs-erkrankungen im Berliner Obdachlosenheim haben sich Donnerstag noch vermehrt. Bis zum Abend waren seit Beginn der Erkrankungen 100 Obdachlose erkrankt, 50 gestorben: Einige, die Dienstag im Asyl gewesen waren, starben auf der Straße, einer im Polizeiarrest, wofür man den hilflos aufgefundenen Menschen gebracht hatte und einer im Asyl in der Wiesenstraße. Die Erkrankungsursache ist immer noch nicht festgestellt. Die Staatsanwaltschaft erklärt, daß eine Infektionskrankheit, etwa Paratyphus, nicht ausgeschlossen werden könne. Das städtische Nachrichtenamt wieder spricht von einer "Bakteriengift"erkrankung infolge Genusses verdorbener Nahrungsmittel, namentlich Dörrfische. Es wird amtlich erklärt, daß eine Gefahr für Berlins Bevölkerung nicht bestehe, indessen sagt die Staatsanwaltschaft, daß das Asyl vielleicht doch zu bald wieder geöffnet werden sei. — Jedenfalls ist die Not der Feuerungszeit, die den Obdachlosen nach dem allerbilligsten Schmiedel, sogar nach Abfall greifen läßt, schuld an dem Massensterben dieser unglücklichen Opfer unserer gelegentlichen Ordnung.

**Eine ganz kleine Finanzreform** möchte die Polizeiverwaltung in Wanzen (Schlesien) machen. Sie verlangte vom Parteisekretär Gen. Scholtz, daß er die für Wanzen eingereichte Satzung des Sozialdemokratischen (natürlich!) Vereins mit fünf Mark Hempel. Leider kann der Reichs- und Staatsdallas so nicht behoben werden, denn Vereins-sachen sind Hempelfrei.

**Denunziantenband.** Dem Kriegerverein in Bergzow (Regierungsbezirk Magdeburg) gehören etwa 150 Mitglieder an, von denen eine Anzahl Leber der Magdeburger "Volksstimme" sind. Zwei besonders gute "Patrioten" veranlaßten den Vorsitzenden des Vereins, eine Generalversammlung einzuberufen, in der über den Ausschluss der Leber der sozialdemokratischen Zeitung Beschluß gefaßt werden sollte. Man legte den "Volksstimmen" Lesern nahe, durch Austritt dem Ausschluss vorzubeugen oder das Unnötige des verpönten Blattes aufzugeben. Eines dieser mißratenen Mitglieder verließ darauf das Lokal und brach damit symbolisch die Beziehungen zu dem Verein ab. Da plötzlich wurde aus der Versammlung heraus von jemandem, dem alle Politik ein Greuel ist, der Antrag gestellt, die — beiden Denunzianten auszuschließen. Und das Schreckliche geschah! Mit 40 gegen 10 Stimmen wurde dem Antrag stattgegeben. Die Mäcker waren sprachlos und der Vorsitzende erklärte wider allen Geschäftsordnungsbruch, daß er — die Abstimmung nicht annehme", im Januar werde er eine neue Verammlung einberufen, die sich wieder mit der gleichen Sache beschäftigen solle. Wie die Versammlung wohl "vorbereitet" wird! Ob es was nützen wird?

**Begnädigt nach 26 Jahren Zuchthaus.** Am Weihnachtabend wurde ein Injasse des Zuchthaus in Celle begnadigt. Am Sonntag nachmittag traf dort das betreffende Telegramm aus Berlin ein; es wurde sofort dem Strafgefangenen übergeben und dieser auf freien Fuß gesetzt. Der Begnadigte war seinerzeit zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden; von dieser Strafe hat er bereits 26 Jahre und 7 Monate verbüßt.

**Der Abschluß einer Entführung.** Am 18. Dezember wurde dem "Berliner Tageblatt" zufolge bei Wolosca, einem kleinen Ort an der Adria in Österreich, die Leiche der 19 Jahre alten Tochter des Statermeisters Tiede aus Spandau gefunden. Das Mädchen war vor mehreren Wochen mit dem österreichischen Ingenieur Kaiser von Berlin nach Österreich unter Mitnahme von 500 Mk. Geld der Eltern geflüchtet. Anfänglich glaubte man, daß der Ingenieur das Mädchen in Wolosca hatte mittellos sitzen lassen, sobald es in der Verzweiflung Selbstmord verübte. Jedoch auch Kaiser hat den Tod gesucht. Nicht weit von der Leiche des Mädchens wurde die Leiche des Geheubten gefunden. Das Paar hatte mehrere Tage in einer Villa gewohnt und war dann eines Tages spurlos verschwunden. Am Waldestrand von Wolosca fand man ihre Leichen. In einem hinterlassenen Brief wird zum Ausdruck gebracht, daß sie gemeinsam und freiwillig den Tod gesucht haben und daß sie gemeinsam befeuert sein wollen.

**Entwischt.** Der zu sechs Jahren Festung verurteilte französische Hauptmann Luz ist aus der Festung Claz entflohen. Er soll sich an Vindobona, die um Weihnachts-putzere gewickelt waren, an der Festungsmauer herabgelassen haben.

**Am Löwenbissen gestorben.** In Norwich (England), ist Leutnant Barclay Verletzungen, die ihm ein junger Löwe beigebracht hatte, erlegen. Seine Schwester hielt zwei junge Löwen, einen männlichen und einen weiblichen, in einem Zwinger im Park ihres Vaters, des Bankiers Barclay. Die Tiere schienen sehr zahm zu sein. Vor einigen Tagen begab sich nun der Leutnant in Abwesenheit der Schwester in den Zwinger und wurde sofort von dem männlichen Löwen angefallen, der ihn zu Boden warf und ihn in Brust, Arm und Hals biß. Eine Bränke verletzete ihm die Lunge. Die Schwester fand den Bruder bewußtlos und vertrieb den wütenden Löwen von seinem Opfer. Einige Tage später erlag der junge Barclay seinen Wunden. Der Löwe lebt nach wie vor mit seiner Gespielin im Zwinger, doch Miß Barclay gestattet vorfichtshalber niemand mehr, diesen zu betreten. Sie hat das jetzt 18 Monate alte Löwenpaar als Geschenk von einer Freundin aus Afrika erhalten.

**Doppelraubmord in London.** Ein grauenhaftes Verbrechen ist Mittwoch nacht im Osten Londons verübt worden. Der Gastwirt Millstein unterhielt in der Hangury Street ein Restaurant, in dessen hinteren Räumen er verbotene Spiele duldet. Das Geschäft Millsteins ging infolge dessen sehr flott und warf einen guten Gewinn ab. Besonders lebhaft war der Verkehr in den Weihnachtstagen. Auf diese Weihnachtseinnahme scheinen es Eindiebstahl abgesehen zu haben, die Millstein und seine Ehefrau des Nachts überfielen, beide durch 12stündige schwer verwundeten, darauf die Körper der überfallenen sowie die Betten, in denen sie lagen, mit Petroleum begossen und anzündeten. Als die Feuerwehr eintraf, um den Brand zu löschen, waren die Leichen des Ehepaars Millstein vollständig verkohlt. Die Polizei nimmt an, daß die Mörder unter den Spielern zu suchen sind, die in dem Lokale Millsteins verkehrten, und es wird bereits eine bestimmte Spur verfolgt. Der Schauplatz dieses neuesten Verbrechens ist derselbe, den seinerzeit "Jack der Ruffschlitz" zur Verübung seiner furchtbaren Verbrechen gewählt hatte.

## Das Wahlbureau

### der sozialdemokratischen Partei

### für den Wahlkreis Lübeck

Johannisstraße 50, Telephon 225,

ist werktätlich ununterbrochen von 8 Uhr

morgens bis 10 Uhr abends geöffnet.

Sonn- und Feiertags

vormittags von 9 bis 1 Uhr.

**"Eingeltangel".** Man schreibt der "Felf. Ztg.": Das bekannte Wort "Eingeltangel" ist, obwohl augenscheinlich neueren Ursprungs, doch seiner Entstehung nach nicht vollkommen aufgeklärt, und damit schwebt auch seine begriffliche Bedeutung noch im Dunkel. Nach der allgemeinen Annahme ist "Eingeltangel" ein Berliner Ausdruck, dessen Entstehung auf den Gesangsdomiker Lange und den Triangel-Bau, in dem er sein lange populär gebliebenes Triangelied (Refrain: „Zum tingeltangel...“) zum besten gegeben habe, zurückzuführen sei. Möglicherweise könnte dann der Ausdruck "Eingeltangel" von der eben genannten Bezeichnung Triangel abgeleitet worden sein. Nach neueren Nachforschungen, die W. Seelmann angestellt hat und über die er im "Niederdeutschen Korrespondenzblatt" berichtet, kann das jedoch nicht stimmen. Niemand, nicht einmal ein berufsmäßiger Coupletfänger unter den älteren Herren Berlins wußte sich jenes Gesangsdomikers Lange zu erinnern, ja, es wurde sogar geleugnet, daß in dem Triangel-Bau musikalische oder Gesangsvorträge stattgefunden hätten. Triangel hieß nach seiner Gestalt der dreieckige Hausbau, den Friedrich, Schützen- und Mauerstraße an ihrer Vereinigungsstelle bilden, insbesondere aber ein in den 70er Jahren bekanntes Nachtlokal, das sich in einem Keller jenes Hauses befand. Auch die Berliner Adreßbücher weisen keinen Sänger Lange auf. Nach Seelmann ist das Wort etwa vor gut vierzig Jahren in Berlin oder Hamburg zum ersten Male aufgetaucht, er kann sich dessen selber noch deutlich erinnern. Es wurde von ihm und andern in der Bedeutung von Triangel aufgefaßt. Mit "Eingeltangelei" und "Eingeltangel" mußte sei die minderwertige Musikmacherei gemeint gewesen, wie man sie damals etwa auf Schützenfesten von Partentinnen und dergleichen hörte, wobei ein stählerner Triangel angeschlagen wurde. Danach ist "Eingeltangel" also von diesem bekannten Musikinstrument abgeleitet worden.

**Neues über künstliche Diamanten.** Dem französischen Chemiker Moissan gelang es bekanntlich im Jahre 1893, künstliche Diamanten, wenn auch nur von sehr geringen Dimensionen (die größten hatten etwa 0,5 Millimeter Durchmesser) darzustellen, indem er Kohlenstoff in geschmolzenem Eisen löste und die geschmolzene Masse unter hohem Druck plötzlich erkalten ließ. Auf einem ganz anderen Weg hat jetzt der bekannte Forscher W. v. Bolton daselbe Ziel erreicht und berichtet darüber im neuesten Heft der "Zeitschrift für Elektrochemie." Schon vor einiger Zeit machte er die Beobachtung, daß durch Quecksilberdämpfe eine Spaltung von Kohlenwasserstoffen (wie Leuchtgas) in ihre Bestandteile Wasserstoff und Kohlenstoff erfolgte, wobei sich der letztere teilweise in Form mikroskopisch kleiner glänzender Kristalle auschied, die allein Anschein nach nur Diamanten sein konnten. Die Menge dieser Kristalle war zu gering, um eine analytische Bestimmung zu ermöglichen. Wie der Mineraloge weiß, besitzen kristallisierende Körper die Fähigkeit, auf Mutterkristallen weiter zu wachsen. Daher machte W. v. Bolton den Versuch, sich eine größere Anzahl solcher Kristalle heranzuzüchten. In einen 40 cm langen und 2 cm weiten, unten geschlossenen Glaszylinder brachte er etwas Natriumamalgam, bestrahlte die innere Wandung des Glases mit verdünnter Wasserglaslösung und brachte darauf äußerst feines Diamantpulver, das bei 68-facher mikroskopischer Vergrößerung fast keine Kristalle zeigte. Nachdem das so präparierte Glas sich während vier Wochen in einem Wasserbad von 100° C befunden hatte, wobei dauernd feuchtes Leuchtgas durch ein bis zur Oberfläche des Amalgams reichendes Rohr langsam hindurchströmte, wurde das Diamantpulver abgekratzt, gereinigt und wiederum unter dem Mikroskop bei 68-facher Vergrößerung untersucht. Es ergab sich dabei die überraschende Tatsache, daß das zuvor amorphe Diamantpulver sich durch die aus dem Amalgam entweichenden Quecksilberdämpfe in glänzende Kristalle umgewandelt hatte, deren Menge jedoch weniger als ein

Milligramm betrug. Eine analytische Bestimmung war infolgedessen wieder unmöglich. Da aber die erhaltenen Kristalle beim Glühen im Sauerstoffstrom sowie beim Schmelzen mit Soda verschwanden, mithin die dem Diamant eigentümlichen Eigenschaften zeigten, so scheint es festzustellen, daß durch Quecksilberdampf der Kohlenstoff in Form von Diamant abgeschieden werden kann.

**Wassertiere in der Wüste.** Die Erforschung der Sahara ist begreiflicherweise sehr zurückgeblieben, denn dieses Erdgebiet konnte selbst auf die Wüßbeiter der Geographen keine allzu große Anziehungskraft ausüben. Allmählich hat man freilich einzusehen begonnen, daß diese Vernachlässigung ein Unrecht ist, indem der gewaltige Bezirk, der mit dem Namen der Sahara belegt wird, durchaus nicht so eintönig gestaltet ist, wie man es früher angenommen hat. Die Sahara ist nicht das unabherrschbare, von Dünen durchzogene Sandmeer, wie es sich an den Rändern darbietet, sondern besitzt in manchen Teilen des Innern erstaunlich viel Abwechslung, die sich namentlich im Aufsteigen von Bergzügen ausprägt. In den meisten Fällen erreichen diese Hochländer freilich nur geringe Höhen von einigen hundert Metern, aber schon in Lingue findet sich ein Gipfel von 1500 Metern, und in dem Gebirgsland von Tibessi gar tritt ein gewaltiger Gebirgsstamm aus der Wüste heraus, der in einer Spitze von 2700 Meter Höhe kulminiert, also einer Erhebung, wie sie beispielsweise ganz Deutschland außerhalb der höchsten Gipfel der Bayrischen Alpen nicht aufzuweisen hat. Angesichts dieser Enthüllungen kann es nicht allzu sehr überraschend sein, daß in dieser Wüste auch Wassertiere gefunden worden sind. Das Merkwürdige an diesem Nachweis aber ist, daß sie nicht in Flüssen oder Sümpfen gefunden wurden, sondern mit dem Wasser artesischer Brunnen an die Oberfläche gekommen sind. Nach einem Bericht, den Dr. Pellegrin über die Untersuchungen an den neuen Sammlungen des Pariser Museums an die Pariser Akademie der Wissenschaften erstattet hat, zählt man jetzt bereits 20 Arten von Wassertieren in der Sahara, darunter zwei Reptilien, acht Frösche und zehn Fische.

**Papier als Putzmaterial.** Neben Putztüchern und Buglappen, die nicht sehr häufig verwendet werden, verwendet die Technik zum Putzen, zum Reinigen von Maschinen- und anderen Metallteilen von Schmutz und Öl in der Hauptsache die Bugbaumwolle, den Abfall der Baumwollspinnereien an sogenannten Wirr- und Reißfäden. Gute, reine Bugbaumwolle ist nun zwar ein sehr gutes Putzmaterial von großer Saugfähigkeit und Weichheit, aber gute Bugbaumwolle ist nicht billig und, da sie doch ein Abfallmaterial darstellt, nur schwer in stets gleicher Güte und Zusammensetzung zu beschaffen. Der starke Verbrauch an diesem Material kann nämlich aus den geeigneten Abfallfäden der Baumwollspinnerei nicht mehr gedeckt werden, und so findet man in der Bugbaumwolle vielfach Fäden anderer Provenienz, Garne, Hanf, Werg, Kotos- und andere Fasern, die nicht so weich und viel weniger saugfähig sind als die Baumwollfäden. Solche Beimengungen setzen natürlich den Wert der Bugbaumwolle erheblich herab. Noch mehr tun das natürlich andere Verunreinigungen, wie Sand, Staub, ganz kurze, lose Fasern usw. Ein von der Gesellschaft für Bugwolle-Ertrag m. b. H. in Breslau neuerdings auf den Markt gebrachter Ertrag für Bugbaumwolle besteht nun lediglich aus dünnen Streifen eines sehr saugfähigen Papierses und besitzt deshalb die angeordneten Nachteile des bisherigen Putzmaterials nicht. Das verwendete Papier ist sehr weich, von stets gleichmäßiger Beschaffenheit und ist frei von allen Fremdkörpern und Verunreinigungen. Seine Saugfähigkeit ist so groß, daß das Material stets bis zur völligen Durchdringung benutzt werden kann, was bei selbst guter Bugbaumwolle große Schwierigkeiten bietet. Von besonderem Werte vom Standpunkte der Unfallverhütung scheint aber der Umstand zu sein, daß die Zugfestigkeit der Papierstreifen erheblich geringer ist als die der Baumwollfäden in der Bugbaumwolle. Mancher Unfall ist bekanntlich schon dadurch entstanden, daß beim Wischen mit Bugbaumwolle an in Bewegung befindlichen Maschinenteilen eine Anzahl von Fäden hängen geblieben und, da diese Fäden nicht gleich zerrissen, die sie haltende Hand mit in das Gerriebe hineingezogen wurde. Solche Unfälle sind bei der Verwendung von Bugpapier gänzlich ausgeschlossen, da die viel weniger zugfesten Streifen dieses Materials beim Hängenbleiben gleich abreißen. Das neue Putzmaterial kommt in Rollen fest gewickelt in fester Umhüllung in den Handel. Der jeweilige Bedarf wird aus der Umhüllung herausgezogen, ohne daß eine Materialverschwendung, wie sie bei dem festen Gewirre der gebrauchlichen Bugbaumwolle manchmal gar nicht vermeiden werden kann, eintritt, ganz abgesehen davon, daß vermöge dieser Verpackung die ganze Handhabung mit dem Material wesentlich bequemer ist.

Quittung.	
Für den Wahlfonds gingen ein:	
Johs. M. . . . .	20.— Mk.
E. Rupp . . . . .	3.— "
Vom Dampfer "Alexandra" . . . . .	2.— "
Von den roten Schreibern . . . . .	7.— "
Von den organisierten Steinsehern . . . . .	28.— "
Von den Schiffszimmerern und Arbeitern der Kochschen Werft auf zwei Sammelstellen, 1. Rate . . . . .	22.— "
Auf dem Altar der "Fregat" zur Winterferienwende durch J. . . . .	10.— "
Von den Mietern der Kochschen Werft auf zwei Sammelstellen . . . . .	25,75 "
Auf der Weihnachtsfeier der "Luzmürner" gesammelt . . . . .	10,25 "
Das Parteisekretariat.	
Für den Reichstagswahlfonds im Fürstentum Lübeck (1. oldend. Wahlkreis) gingen bei dem Unterzeichneten ein:	
R. L. Stodtcksdorf . . . . .	25.— Mk.
Metallarbeiter, Schwartau . . . . .	25.— "
Transportarbeiter, Schwartau . . . . .	50.— "
	100.— Mk.
Bereits quittiert	598,05 "
	Sa. 698,05 Mk.
Der Zentralvorstand der Soz. Partei für das Fürstentum Lübeck.	
<b>Butter-Notierungen</b>	
b. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein. Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 28. Dezbr.	
1. Klasse 247 Drittel zu 144,40 Mk. im Durchschnitt.	
2. " 21 " 136,98 Mk.	
Unverkauft blieben — Tonen.	
Verantwortlicher Redakteur: Paul Lönigk. Verleger: L. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.	



**Komitee- und Kommissionssitzungen**

**14. Distrikt.**  
Versammlung  
Sonntag, den 30. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

**Bertha Wulff**  
**Adolf Parbs**  
Verlobte.  
Grube. Lübeck.  
Weihnachten 1911.

**Ein möbl. Zimmer**  
zu vermieten. Ellerbrook 8.  
Zum 1. Januar oder 1. April  
**1 Wohnung zu verm.**  
S. Kik. Gr. Steinrade Nr. 15.

Zu verm. e. H. Wohnung sofort  
od. 1. April (abgeschl.) an einzelne  
Leute. Gnackstraße 79.  
Gesucht zum 1. April eine Zwei-  
u. Drei-Zimmer-Wohnung. Stadt  
oder Halbtstadt-Nord. Angebote  
mit Nr. unt. N S a. d. Expedition.

Zum 1. April eine Drei-Zimmer-  
Wohnung im Preise bis zu 300 Mk.  
gesucht. Angebote unter N N an  
die Expedition dieses Blattes.

**Ein Haus zu verkaufen.**  
Lügowstraße 9a.  
Stachelbeer-, Johannisbeer- u.  
Simbeer-Pflanzen billig zu ver-  
kaufen. Kahlhorststraße 86.

2 Schlaf-, Bettstelle u. Waschtisch  
billig zu verkaufen. Glandorpstraße 88. II.

**Echter Gold-Wyandotts-Hahn**  
zu verkaufen. Rüdtimestraße 8.  
Ein Phonographenapparat mit 10  
Platten für 8 Mk., ein Schrank  
für 5 Mk. zu verkaufen. Gnackstraße 28/42.

**Eine Pferdedecke gefunden.**  
Kreder, Moislinger Allee 189.

**Mrs Schneiderin**  
empfiehlt sich  
Frau M. Möller, Marktstr. 85 a.

**Möbelumzüge**  
bevorzugt billigt  
Chr. Mahnde, Gr. Steinau 18.

**Frisieren**  
in und außer dem Hause.  
Segebergstraße 16.  
Junger verheir. Mann (Hand-  
werker) sucht abends Beschäftigung  
gleich welcher Art. Ang. u. S F  
an die Exped. dieses Blattes.

Bringe meine  
**Tabak-, Zigarren- und Bier-  
Handlung**  
4. Jahreswechsel in beste Erinnerung.  
Schneider,  
**H. Wilms,** Reimigstr. 2.

**Holsten - Automat**  
G. m. b. H. Holstenstr. 14.  
Warme und kalte Speisen.  
Feinste belegte Brötchen u. Pf.  
Reines und dunkles Bier 10 Pf.  
Freunden und hiesigem Publikum  
bestens empfohlen.  
Fr. Brockstedt, Geschäftsführer.

Empfehle:  
**Weine, Punschextrakte und  
Spirituosen gut u. zu soliden  
Preisen. Garantiert effenz-  
freie Rum-Verschnitte a Hl.  
1.20 und 1.50 exkl.  
Ein Versuch überzeugt.**

**Ernst Voss**  
Gr. Burgstraße 59.

**ff. Rum**

**Arrak, Kognak, diverse  
Punsch-Extrakte, Liköre,  
Eier-Creme, Frucht-  
limonaden, sowie sämtliche  
Spirituosen** in bester Qualität  
zu billigst. Preisen  
empfiehlt die  
Destillation, Likör- und  
Mineralwasserfabrik  
von

**Martin Meyer**  
Generalvertrieb alkoholfreier Getränke  
Schiffelbuden 8.  
Fernsprecher 1054.  
Spezialität:

**Hansa-Sekt (alkoholfr.)**

**Stohlwurst  
Leberwurst | Stück  
Brotwurst | 10 Pf.**  
Jeden Sonntagabend:  
**heiße Quackwurst  
H. Viereck, Huxstr. 96**

**Die Arbeitsgarderoben  
von  
Bahr & Umlandt**  
— Breite Straße 31 —  
sind anerkannt preisw. u. haltbar.  
Zwirtschoten . . 1.40 bis 2.50  
Wirthshosen . . 2.50 bis 5.50  
Maurerhosen . . 2.90 bis 7.50  
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50  
Schloßeranzüge 2.80 bis 5.00  
Klapp- u. Bauchhosen in allen  
Qualitäten.  
Trotz der billigen Preise  
reife Lubecamarken.

**Fernsprecher 687.**  
**Wilhelm Rahfoth** Untertrave 113.  
Wein- und Spirituosen-Großhandlung Lübeck.  
**Rotweine Rheinweine Moselweine**  
**Portweine Sherry Madeira**  
**Liköre Schaumweine Champagner**  
**Rum Kognak Punschextrakte Arrak**

Prima geräucherter Schweinsbacon ohne Knochen	pro Pfd.	65	1/2
" kleine Rauchfleisch	" "	90	1/2
" geräucherter Nacken	" "	90	1/2
" geräucherter Schweinskopf	" "	50	1/2
" frische Nacken zum Füllen	" "	75	1/2
" frische dicke Flouren	" "	70	1/2
" feisch. Kopf und Bein	" "	20	1/2
ff. Aufschnitt	" "	100	1/2

**M. Lahrtz, Böttcherstraße 16.**

**Frei-Kenter-Kalender**  
für 1912 sind noch einige Exemplare vorrätig.  
Preis Mt. 1.20.  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

**Von Pol zu Pol**  
von Sven Hedin  
ist wieder vorrätig. Preis 3 Mark.  
Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

**Ia. Rauchfleisch 80 Pf.  
halbger. Schink. 90 Pf.**  
empfiehlt  
**H. Schmidt,**  
Schlachtere, Schulstraße 7 b.

**Fahrrad- und  
Nähmasch.-Rep.-Werkst.**  
Alle Fabrikate werden fachgemäß u.  
billig ausgeführt unter prompter Be-  
diennung. Email-, Vernick. bill. u. gut.  
**Carl Heynert, Lübeck,**  
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

**Betten, Bettfedern  
u. a. Betten-Mittel**  
kaufen Sie billig und reell bei  
**Markt Otto Albers Kohlmarkt  
4. Otto Albers 10.**  
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an,  
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.  
Rote Lubeca-Marken.

**Rechnungs-Formulare**  
werden hergestellt in der  
Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.  
Johannisstraße 46.

**Verband der  
Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Zahlstelle Lübeck.  
Distrikt Rensfeld-Schwartau.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Sonntag, 30. Dezember  
abends 8 1/2 Uhr  
bei Pinkert (Gasthof Transvaal)  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder.  
2. Bericht von der Revision.  
3. Innere Verbandsangelegenheiten  
Um zahlreiches Erscheinen erucht  
**Die Distriktsleitung.**

**Achtung!**  
**Speditionsarbeiter**

**Versammlung**  
Sonntag, 30. Dez.  
abends 8 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
**Bericht der Lohnkommission**  
Sämtliche bei den Holzspeiditeure  
beschäftigten Arbeiter müssen zu  
dieser Versammlung erscheinen.  
Mitgliedsbücher sind vorzubringen.  
Der Vorstand.

**Einladung zum  
BALL**  
der Liedertafel Sangeslust  
zu Moisling  
am Montag, 1. Januar  
im Lokale des Herrn Schreiber  
dieselbst.  
Kasseneröffnung 6 Uhr. Anf. 7 Uhr  
Eintritt 1 Mk., eine Dame frei.  
Einzeln Dame 20 Pf.  
Der Vorstand.  
Kindern ist der Zutritt nicht ge-  
stattet.

**„Zur Hansa“**  
Fischstraße 21.  
Täglich von 12-3 Uhr.  
**Gr. bürgerl. Mittagstisch**  
nach der Karte a Person 65 Pf.  
Abonnement: Ermäßigung.  
Abendstamm von 6 Uhr an  
40 und 50 Pf.

**Willi  
Westfeling**  
Uhrmacher  
und Juwelier,  
Holstenstraße 32.

Beim Einkauf von Margarine  
auf die ersten Marken:  
**„Siegerin“  
„Palmöl“  
„Möhre“**

**Arb.- u. Berufs-Kl.**  
J. H. Pein, am Markt.  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
K. Quitzan, Schwartau, Markt 14.

**Art. z. Krankenpf.**  
**F. W. Heyde,** König-  
str. 2.

**Bäckereien**  
Paul Barmstedt, Lübeck, La. Lohb. 40  
Dampf-B. u. Kondit.  
Fischer,  
Fischer, Grube 17  
H. Jargstorf, Warendorferstr. 33  
R. Kasch, Fleischhauerstr.  
32, Fein-Weiß-  
u. Großbäckerei  
Wilh. Krahn, Fackelnb. Allee 60  
Ad. Hinzelmann, Schulstr.  
23, Feines Schwarz- u. Weißbrot.  
Schulstr.  
B. Plath, Lübeckstr. 2  
W. Steinhoff, Travemünde.

**Beerd. u. Sarg-Mag.**  
**Central-Beerdigungsanstalt**  
A. Brodersen, Lohsestr. 7, Tel. 1991  
H. Harwig, Finkenstr. 19, Särge  
in allen Preislagen.  
C. Thiessen & Sohn,  
Wagstr. 12, Übera ganzer Beerd.  
Eigene Leichen-u. Transportwagen  
F. Visk, Lübeck, Schwarb. Allee 193  
J. Visk, Lager Leichter Lager  
J. Visk, Reesfeld, Gr. Lager in  
Hörst. Holz- und Metallarbeiten.

**Besohlmaschinen**  
H. Fasch, Gr. Gröpelgrube 14.  
**Hansa J. Dettmann**  
Beckergrube 51.  
J. Lübbert, Warendorferstr. 21  
Fischergrube 17.

**Bezugsquellen-Verzeichnis**

**Brauereien**  
Elbschloss, M. Hofmann,  
Hansastr. 75.  
Kleiner Schloßbräu, H. A. Wulff,  
Untertrave 18  
Fernspr. 1274

**Brennmaterialien**  
H. Schütt, Angustenstr. 14/14a.  
L. Wallbrandt, Rosengarten 10.

**Butter-, Käsehdign.**  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
H. Philipp, Tägl. feinste Tafelbutter.  
W. Rockstein, Huxstr. 23.  
J. Semrau, Huxstr.

**Cacao, Choccol., Tee**  
Lina Schwarz, Lübeck, Huxstr. 12.

**Cigarrenhandlg.**  
A. Burmeister, Lübeck, Fackelnb. Allee 43  
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.  
D. Kleeke, Königstr. 64, Ecke Huxstr.  
Paul Klitz, Engelsgrube 80.  
Paul Kurland, Schulstr. 13, Ci-  
garett, garetten, Tabake.  
Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.  
Conrad Rotte, Fleischhauerstr. 15.  
Paul Tiel, Slavestr. 8.  
Wilh. Bänke, Eutin, Lübeckstr. 34.

**Dampfwasch-, Plättan-  
st.**  
Groß- u. Kleinstück- u. Fern-  
Wäsche-Verkehr-Institut, T. 1621  
Spezialität: Hansa u. Fein-Wäsche.  
W. Röper, Friedenstr. 61  
Hansa, Fernspr. 274, 29  
W. Krüger, Wiedemannstr. 19

**Drogerien**  
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.  
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.  
Germania-Drogerie  
Huxstr., Ecke Königstr.

**Fahrräder, Nähmasch.**  
H. Benthien, Fackelnb.  
Allee 53.  
Deutsches Nähmaschinen-Haus  
**Gustav Rath,**  
Frister & Rosmann - Nähmasch.  
Franz Busse, Wahnstr. 42.  
Rich. Israel, Alfstr. 31.  
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.  
St. Gertrud-Fahrradhaus, Joh. Meier,  
Arnst. 12a  
Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.  
Joh. Meyer, Königstr. 51.  
Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.  
Schwartau, Lübb.-Str.  
L. Krohne, 71. Rep. Sämtl. Ersatzl.

**Farben u. Lacke**  
J. Becker, Dornestr. 29.  
W. Hohenschild, Marlist. 42. F. 736.  
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.  
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

**Fleisch- u. Wurstw.**  
Hans Gerds, Elswigstr. 1a.  
H. Aufschnitt  
Prima Fleisch- und Wurstwaren  
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.  
Gottlieb,  
Königsstr. 104.  
Beckergrube 50.  
Carl Jeost, Wurstfabrik T. 1450.  
C. Klein, Pfaffenstr. 14.  
W. Lemcke, An der Mauer 41a.  
F. Mörek, Kupferschmiedestr. 63.  
Wurst-  
fabrik mit elektr. Betr.  
Joh. Schöber, Gr. Burgstr. 53.  
Gust. Zach, Kottwitzstr. 22.  
L. Müller, O. Oldesloe, Brunnenstr. 2.  
L. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstw.

**Friseure, Parfüm.**  
J. Johs. Kühn, Ratzbg. Allee 42a.  
**Galant., Spielwar.**  
C. Blesath Wwe. Sandstr. 9.

**Handels-Lehranst.**  
**Privat-Handels-Institut**  
Herm. Lips, Bankwärtersgrube.  
**Haus- u. Küchenger.**  
Joh. Baade, Lübeck, Fackelnb.  
Allee 34a.  
Paul Reher, Tunkenhagen 5.  
E. Winkelmann Nachf., Eutin.  
Louis Rathmann, Schwartau.

**Herren- u. Knab.-Gard.**  
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
**Hüte und Mützen**  
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.  
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

**Kurz-Weiss-Wollw.**  
O. Sinnenwald, Lindenstr. 39.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

**Manufakturwaren**  
Johann Dittmer, Drögest. 12a.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.  
Hamb. Engros-Lager, Schwartau  
K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.

**Möbelmagazine**  
Möbel-Fabrik,  
Mintze & Stech, Moisling Allee 60.  
Detail-Verkauf in der Fabrik.  
W. Pamperin, Mühlenstr. 47.  
Wohnungseinrichtung, z. billigen Pr.

**Molkereiprodukte**  
Hansa-Meierei für die  
Amme Lübeck'sche Meierei  
von Milchprodukten aller Art

**Meiereien**  
Meierei Rensfeld  
Inh. Paul Rieckert, Vorteilhafte  
Bezugsquelle für Milch und Butter.  
Meierei Schwartau  
Inh. Philipp Eitel, Tel. 2144.  
Milch und H. Molkereiprodukte.

**Optik u. Mechanik**  
Carl Volger, OptischesSpe-  
zial-Geschäft,  
56 Breitestr. 66.

**Photogr. Ateliers**  
O. Goetze, Lübeck,  
Gr. Burgstr. 15.  
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.  
**Samson & Co.,** Fernspr. 1057.

**Putz u. Modewaren**  
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

**Empfehlensw. Restaur.**  
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 35.

**Schreibwaren**  
Aug. Barmester, Fackelnb. Allee 48.  
M. Maxen Wwe., Moisling Allee 40a.  
Elsa Paulson, Mühlenbrücke 2a.  
Spez. Briefmarken.

**Schuhwaren**  
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.  
Aug. Rostock, Finkenhausen 5.  
Rudolph Karstadt, Eutin.  
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

**Seifen, Toilette-Art.**  
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

**Stahl-, Eisenwaren**  
Franz Gensmer, Fackelnb. Allee 10b.  
Fernspr. 1031.  
F. Wichmann, Huxstr. 46. 80-  
finger Stahlwaren.

**Tapeten, Linoleum**  
Carl Bonleke, Lübeck, Königstr.  
49b. Tapeten-Reste.  
Fritz Rahm, Beckergrube 20.  
**Trikot-, Strumpf-  
w.**  
E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 153.  
**Uhren-Repar.-Werkst.**  
Amerikanische, Huxstr. 71.  
Fast jede Reparatur nur 1 Mk.  
2 Jahre schriftliche Garantie.  
**Uhren, Goldwaren**  
Uhrmacher  
August Büttner, Huxstr. 32.  
Willi Westfeling, Holstenstr. 32.  
H. Nevermann, Schwartau.  
**Weine, Spirituosen**  
Fr. Geist, Lübeck, Huxstr. 8. T. 1935.  
Fischergrube  
Friedr. Otte, 43, empfiehlt  
Prima Weine und Spirituosen.

**Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!**